

SOUMIER

Zentral-Organ für die Interessen
 der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
 Publikations-Organ des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Erscheint jede Woche Sonntags.
 Einzel-Abonnement pro Quart. franko geg. franko 1,50 M.
 Der Courter ist in die Postzeitungsliste eingetragen.

Redaktion und Expedition: Berlin 50.16, Engel-Ufer 21.
 Telefon: Amt Moritzplatz, 950 und 11864.
 Geöffnet von 9 Uhr vorm. bis 4 Uhr nachm., Sonntags geschl.

Redaktionschluss
 am Montag Morgen vor Erscheinen des Blattes.
 Unerlangte Manuskripte werden nicht zurückgesandt.
 Zuschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.

Nr. 22.

Berlin, den 2. Juni 1912.

16. Jahrg.

Der Deutsche Transportarbeiter-Verband hat durch die im Jahre 1911 geführten Bewegungen um Verbesserung der Arbeitsbedingungen seiner Mitglieder für

20 866 Personen

eine Arbeitszeitverkürzung von 99 239 Stunden pro Woche oder

5 160 428 Stunden

pro Jahr durchgesetzt. Unser Verband hat damit beweiskräftig dargetan, daß er seinen Mitgliedern immer mehr Zeit zur Muße und Erholung schafft, daß er der Ausbeutung der Arbeitskraft der Kollegen eine Grenze zu setzen sehr wohl im Stande ist.

8. Verbandstag

des

Deutschen Transportarbeiter-Verbandes
 am 9. Juni und folgende Tage zu Breslau
 im Stablisement „Deutscher Kaiser“,
 Friedrich Wilhelmstraße.

Tagesordnung:

1. Berichte:

- Geschäfts- und Kassenbericht des Verbandsvorstandes.
- Bericht der Revisionskommission.
- Bericht des Verbandsauschusses.
- Bericht der Redaktion.
- Bericht vom 7. internationalen Transportarbeiter-Kongress.
- Bericht vom Dresdener Gewerkschaftskongress.

2. Das Koalitionsrecht der Transport- und Verkehrsarbeiter im Vorentwurf zum neuen Strafgesetzbuch.

3. Die sozialpolitischen Aufgaben des Verbandes.

4. Anträge:

- zum Statut
- andere Anträge.

5. Wahl der Verbandsleitung und Beschlusfassung über Ort und Zeit des nächsten Verbandstages.

6. Wahl der Delegierten zum 8. internationalen Transportarbeiter-Kongress und zum 9. Gewerkschafts-Kongress.

Der Verbandsvorstand.

J. U. : Oswald Schumann.

* * *

Bekanntmachung.

Nachstehend bringen wir das Ergebnis der Delegiertenwahlen zum achten Verbandstage zur Kenntnis:

Nr.	Wahlbezirk	Name des Delegierten
1	Memel	Naujokat, Karl
2	Litlit	Dobinski, Ed.
3	Königsberg i. Pr.	Werner, Eug. Genauch, Rob. Weidt, Karl
4	Danzig	Hagen
5	Posen	Sudziles, Gust.

Nr.	Wahlbezirk	Name des Delegierten	Nr.	Wahlbezirk	Name des Delegierten
6	Breslau	Niedel, Jos. Brückner, Heinr. Fr. Seelig, Maria Trappe, Ernst Geisler, Gust. Kieger, Paul	21	München	Eisenberger, Jos. Steiger, Lor. Magerer, Ant. Kleeberger, J. N. Huber, Ludw. Schwojer, Stm. Strobel, Alb. Inhofer, Jos.
7	Biegenh	Kohleder, Fr. Wappler, Friz Kohlschmidt, Paul Schulke, Rich. Witteck, Willi Leube, Karl Nebel, Fr. Hemke, Jul. Dyring, B. Mebe, O.	22	Mugsburg	Schuster, Fr. Schbauer, W. Klaus, H. Gufnagel, Joh. Strauß, W.
8	Görlitz	Geisler, O. Berlmann, Arth. Ulrich, Jos. Walter, H. Breuer, H. Hermis, O. Büschel, F. Schulz, L.	23	Nürnberg-Fürth	Wieser, Otto Kolb, Joh.
9	Groß-Berlin	Geisler, O. Berlmann, Arth. Ulrich, Jos. Walter, H. Breuer, H. Hermis, O. Büschel, F. Schulz, L. Fel. Philipp, Marg. Ortmann, O. Lange, Alb. Becker, Aug. Reising, Max Schmidt, Karl Just, Jos. Wöttger, W. Strahburg, W. Schönefeld, W. Pollack, Hermann Schulz, Paul Rech, Karl Kunze, Aug. Prill, Karl Sängerlaub, R. Kühner, Otto Birtigt, Dr. Stange, H. Naumann, Jul. Fischer, Ost. Lhiel, G. Palsch, Ost. Jurnann, Wfr. Schiller, Dr. Müller, M. Nagel, G. Zäpel, R. Herold, O. Fischer, Th. Wögel, Max Mastus, W. Heinemann, Wb. Brensche, Karl Fiedler, R. Christl, Hans	24	Gera	Bleichschmidt, Wolfg. Gelnig, Paul Gräfe, Franz Emmer, Louis Deile, F. Franko, R. Schwierste, Fern. Weidner, Aug. Ziegler, Chr. Wilmow, Aug. Wärsch, Heinr. Wachmann, W. Karsten, Aug. Dannenhaus, Otto Lunow, Joh. Doh, Chr.
10	Randenberg a. W.	Wöttger, W.	25	Erfurt	Stelling, Joh.
11	Spandau	Strahburg, W.	26	Cassel	Wöller, Carl
12	Brandenburg a. S.	Schönefeld, W.	27	Halle a. S.	Kessler, Joh.
13	Stettin	Pollack, Hermann Schulz, Paul Rech, Karl Kunze, Aug. Prill, Karl Sängerlaub, R. Kühner, Otto Birtigt, Dr. Stange, H. Naumann, Jul. Fischer, Ost. Lhiel, G. Palsch, Ost. Jurnann, Wfr. Schiller, Dr. Müller, M. Nagel, G. Zäpel, R. Herold, O. Fischer, Th. Wögel, Max Mastus, W. Heinemann, Wb. Brensche, Karl Fiedler, R. Christl, Hans	28	Deffau	Gaack, W. Stender, G. Frau C. Kaufha. Frau M. Hoff Witt, Joh. Döring, A. Thormann, F. Hamann, G. Thälmann, G. Lorenz J. Mewes, H. Fell, F. Schmidt, W. Dillenberger, G. Albrecht, G. Siebold, A. Hähnel, G. Gerda, W. Schleef, G. Brune, G. de Kode, R. Päpke, G. Hansen, G. Hansahn, G. Sitten, G.
14	Leipzig	Wöttger, W.	29	Magdeburg	
15	Riesa	Strahburg, W.	30	Braunschweig	
16	Dresden	Schönefeld, W.	31	Hannover	
17	Zittau	Pollack, Hermann	32	Vielefeld	
18	Chemnitz	Schulz, Paul	33	Wismar	
19	Blauen	Rech, Karl	34	Lübeck	
20	Regensburg	Kunze, Aug.	35	Hamburg	

Nr.	Wahlbezirk	Name des Delegierten
36	Hamburg III	Michaelsen, G.
37	Hamburg	Dahrendorf, G.
38	Hamburg	Wöttcher, Th.
39	Riel	Behrens, G.
40	Flensburg	Arnold, F.
40	Bremen	Schöler, A.
40	Bremen	Frohnhöfe, G.
40	Bremen	Werdoun, G.
40	Bremen	Klenke, Frh.
40	Bremen	Leiber, W.
40	Bremen	Fregin, Fr.
40	Bremen	Draal, Joh.
40	Bremen	Meyer, W.
40	Bremen	Weter, J.
41	Bremehaven	Drescher, W.
41	Bremehaven	Brandes, W.
41	Bremehaven	Deckerich, O.
41	Bremehaven	Otte, W.
42	Münster	Kollschon, G.
43	Brake	Bruns, Jul.
44	Emden	Stuckenbrodt, B.
45	Dortmund	Doepfle, H.
46	Essen	Schreiber, O.
47	Elberfeld	Gröen, Th.
48	Düsseldorf	Thomas, Rh.
48	Düsseldorf	Mehler, Aug.
48	Düsseldorf	Höbel, Dr.
49	Düsseldorf	Ruhnen, Dr.
50	Cöln a. Rh.	Kühnen, Carl
50	Cöln a. Rh.	Riel, Georg
50	Cöln a. Rh.	Lacroix, Corn.
51	Frankfurt a. M.	Müller, Seb.
52	Mainz	Vecker, Joh.
53	Darmstadt	Grob, Joh.
54	Wannheim I. und II.	Schnepp, Joh.
54	Wannheim I. und II.	Lumb, Jac.
54	Wannheim I. und II.	Schwarz, Joh.
54	Wannheim I. und II.	Geil, Aug.
55	Karlsruhe	Kabold, Hb.
56	Stuttgart	Kröner, Gg.
56	Stuttgart	Dreher, And.
56	Stuttgart	Deichle, Otto
57	Strassburg i. Elz.	Brandenberg, Alb.
58	Wimmschiffer und Köpfer an der Elbe, Ober 2c.	Walther, Mich.
58	Wimmschiffer und Köpfer an der Elbe, Ober 2c.	Schünning, Wilh.
58	Wimmschiffer und Köpfer an der Elbe, Ober 2c.	Höhner, W. C.
58	Wimmschiffer und Köpfer an der Elbe, Ober 2c.	Schulz, Ad.
58	Wimmschiffer und Köpfer an der Elbe, Ober 2c.	Schlich, Rob.
58	Wimmschiffer und Köpfer an der Elbe, Ober 2c.	Schranp, Berth.
58	Wimmschiffer und Köpfer an der Elbe, Ober 2c.	Kopberg, Alf.
58	Wimmschiffer und Köpfer an der Elbe, Ober 2c.	Müller, Otto
58	Wimmschiffer und Köpfer an der Elbe, Ober 2c.	Gädcke, Otto
58	Wimmschiffer und Köpfer an der Elbe, Ober 2c.	Mulkan, Gotth.
59	Wimmschiffer am Rh.	Nieß, Karl
59	Wimmschiffer am Rh.	Rudolph, G.
59	Wimmschiffer am Rh.	Bauer, Gg.

Zur Beachtung!

Als Legitimation für die Teilnehmer am Verbandstage dient das Mitgliedsbuch.

Diejenigen Delegierten, die zugleich Mitglied einer unserer fakultativen Unterstützungseinrichtungen sind, haben außer dem Mitgliedsbuch auch die Mitgliedskarte dieser Einrichtung mitbringen.

Die Generalversammlung der „Fakultativen Unterstützungseinrichtungen“ findet am Mittwoch, den 12. Juni cr., in Dresden statt. Dieselbe wird gebildet aus den Delegierten, in Mitglieder dieser Einrichtung sind.

Tages-Ordnung:

1. Berichte:
 - a) Geschäftsbericht.
 - b) Rassenbericht.
2. Anträge zum Statut.
3. Wahl der Funktionäre.

Die für die Teilnehmer am Verbandstage bestimmten Druckfachen, Teilnehmerkarte usw. werden den Delegierten in der Woche vor dem Verbandstage zugestellt.

Betreffs Beschaffung von Logis wollen sich die Delegierten umgehend an den Obmann des Lokalkomitees, den Kollegen Hermann Zimmer in Breslau, Nikolaistraße 37 II., wenden.

Der Verbands-Vorstand. J. A.: Oswald Schumann.

Die Lehren der neuen Automobilstatistik.

Die neue Statistik ist eigentlich nicht mehr neu. Die Hauptzahlen sind schon vor einigen Wochen in allen Zeitungen veröffentlicht, auch uns hätte die Bekanntgabe der rohen Zahlen natürlich keinerlei Beschwerden gemacht. Wir ordnen unsere publizistische Annehmlichkeit aber stets der agitativen Pflicht unter und deshalb wollen wir die Fixigkeit durch die Zweckmäßigkeit ersetzen. Wie in jedem Jahre wollen wir auch diesmal die Zahlen nach der Bezirks-

einteilung ordnen und so die Notwendigkeit einer energischen Agitation unter den Chauffeuren darlegen. Wir haben uns wiederum der Mühe unterzogen, die Ergebnisse der letzten Automobilstatistik so zusammenzufassen, daß alle Vorbedingungen für eine erfolgreiche Agitation unter dieser wichtigen Berufsgruppe gegeben sind. Alles was wir nun noch wünschen ist, daß diese Möglichkeit endlich einmal — zum mindesten mehr als bisher — ausgenutzt wird. Wir wissen uns von jeder Schulmeisterlei oder — und — Bevormundung frei, wir haben sogar wiederholt Klagen über mangelnde Agitation unter den Chauffeuren zurückgewiesen, aber nunmehr ist die Tatsache ist, daß keine Gruppe, in bezug auf Zunahme der Mitgliederzahl, so schlecht abschneidet, wie die Chauffeure. Die Schwierigkeit der Agitation unter dieser Gruppe ist uns natürlich keineswegs unbekannt. Der lächerliche Dünkel, von gewissenlosen Burschen geweckt und geschürt, ist dem Vordringen der Organisation sehr hinderlich, auch die Abgeschlossenheit der Privatchauffeure macht die Aufgabe nicht leicht. Aber die Kräfte wachsen sonst mit den Aufgaben. Sollte es diesmal anders sein? Es gibt kaum noch eine Gruppe, die eine solche Zukunft hat wie die der Chauffeure. Hier dürfen wir nicht nur Schritt halten, hier müssen wir Fortschritte machen, sonst kommen wir leicht unter die Räder. Zwar wiegt die Zahl der bei uns organisierten Chauffeure die Zahl der in den unterschiedlichen Klubs, Bergnützungsvereinen und anderen Verbänden, (die teils direkt, teils indirekt von den Arbeitgeberern unterstützt werden,) zusammengefaßten Berufscollegen bei weitem auf, allein wir dürfen nicht vergessen, daß unsere Organisation die Zukunft aller Berufscollegen ist. Und mit jedem Jahre wird diese Aufgabe schwerer, deshalb heißt es heutzutage alle Kräfte anspannen, um auch den letzten Chauffeur unserer Reihen zuzuführen.

Wie aus Tabelle 1 ersichtlich, betrug die Zahl aller Kraftfahrzeuge überhaupt am

am	Die Zunahme betrug	
1. Januar 1909 . . .	41 737	—
1. " 1910 . . .	49 941	8 214 19,7 pCt.
1. " 1911 . . .	57 805	7 864 15,7 "
1. " 1912 . . .	70 000	12 201 21,1 "

Die Steigerung, die das letzte Jahr brachte, ist sowohl absolut wie auch relativ die stärkste seit der ersten statistischen Aufnahme. Die erste Zählung, die am 1. Januar 1907 vorgenommen wurde, ergab einen Bestand an Kraftfahrzeugen überhaupt von 27 026; in fünf Jahren ist der Bestand also um 42 974, das sind 159,0 pCt. gestiegen. Aus diesen Zahlen geht wohl zur Genüge die Wichtigkeit des Chauffeurberufes hervor und vor allem die Notwendigkeit einer unermüdbaren, intensiven Agitation. Während die Zahl der Kraftwagen und ihr prozentueller Anteil an der Zahl der Gesamtfahrzeuge gestiegen ist, ging die Zahl der Krafträder absolut und relativ zurück. Es betrug die Zahl der

am	a) Kraft- räder, die der Personenbeför- derung dienen	b) Kraft- fahrzeuge außer Kraft- rädern, die der Personenbeför- derung dienen	c) Kraft- fahrzeuge außer Kraft- rädern, die der Personenbeför- derung dienen
1. Januar 1909	20 928	53	248
1. " 1910	22 283	47,5	196
1. " 1911	20 584	33,5	121
1. " 1912	20 000	31,7	157

Staaten und Landesteile	1909		1910		1911		Gesamtzahl am 1. Jan. 1912	Zunahme Dagegen Gesamtzahl vom 1. Jan. 1911	Zunahme	
	a)	b)	a)	b)	a)	b)			absol.	von
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Gau 1, Prov. Ost- u. Westpreuß.	1466	417	1049	79	5	74	1545	1176	369	31,4
" 2, " Schlesten	2673	880	1793	121	14	107	2794	2896	-102	-3,5
" 3, " Posen	834	332	502	22	1	21	856	717	139	19,4
" 4, " Brandenburg	6054	1199	4855	1496	1	1495	7550	3823	3727	97,5
Landespolizeibezirk Berlin*)	5613	655	4958	1034	9	1075	6697	6397	300	4,7
Gau 4, Prov. Pommern	852	293	559	53	—	53	905	690	215	31,2
" 5, Königr. Sachsen und S.										
" 6 und 7, Bayern	7129	2718	4411	507	30	477	7636	6171	1465	23,7
" 8, Thüringische Staaten	6210	2523	3687	897	16	881	7107	6230	877	14,1
" 9, Prov. Sachsen — Anhalt und Braunschweig	1352	392	960	60	1	59	1412	1125	287	20,3
" 10, " Hannover, Lippe u. Schaumburg-Lippe	3488	1202	2286	168	4	164	3656	2947	709	24,0
" 11, " Schleswig-Holstein, Lübeck und beide Mecklenburg	2831	1158	1673	92	—	92	2923	2602	321	12,3
" 12, Bremen u. Oldenburg	2329	971	1358	100	1	109	2429	2354	75	7,4
" 13, Prop. Westfalen	1341	268	1073	252	28	224	1593	1212	381	31,4
" 14, " Rheinland	821	325	496	70	—	70	891	691	200	28,9
" 15, " Hessen u. S.-Nassau	2383	759	1624	195	4	191	2578	2482	96	3,9
" 16, " Baden	5770	1732	4038	666	29	637	6436	5349	1087	20,3
" 17, " Elsaß-Lothringen	3314	1043	2271	302	9	293	3616	3024	592	19,6
" 18, " Württemberg-Hohenzollern	2554	971	1583	187	1	186	2741	2378	363	15,3
" 19, " Elsaß-Lothringen	3493	1044	2449	158	2	156	3651	3232	419	13,0
" 20, " Württemberg-Hohenzollern	2655	1109	1546	335	2	333	2990	2623	367	14,0
Deutsches Reich	63162	20000	43162	6344	157	6687	70006	57805	12201	21,1
Dagegen am 1. Januar 1911	53478	20584	32894	4327	121	4206	57805			
Dagegen am 1. Januar 1910	46922	22383	24639	3019	196	2823	49941			
Dagegen am 1. Januar 1909	39475	20928	18547	2252	248	2004	41727			

*) Landespolizeibezirk Berlin umfaßt Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Deutsch-Wilmersdorf, Neukölln, Lichtenberg, Waghagen-Rummelsburg und Stralau.

Die Zahl der Personenkraftwagen geht demnach seit drei Jahren auch absolut zurück, während die Zahl der Kraftfahrzeuge, die der Lastenbeförderung dienen, zwar im letzten Jahre zugenommen hat, aber an der Gesamtzunahme gemessen, seit vier Jahren zurückgeht. Der Anteil der Personenkraftwagen überhaupt an der Gesamtsumme der Kraftfahrzeuge betrug 1909: 50,7 pCt., 1910: 45 pCt., 1911: 35,8 pCt. und 1912: 28,8 pCt. Ueber den Rückgang der Personenkraftwagen schreiben wir vorigesmal (vergl. „Courier“ Nr. 24 vom 11. Juni 1911), daß er „in der Hauptsache auf zwei Ursachen zurückzuführen“ sei: Auf den Luxus der Reichen, für die das Leistungsfähigere und tendere Automobil das nötige Relief ihres Reichthums ist, und auf die Beobachtung der Geschäftsinhaber, daß, wenn die Größe ihres Betriebes ihnen die Anschaffung eines Personenkraftwagens erlaubt, dieser rentabler und natürlich auch leistungsfähiger ist, als ein Lastw. Der Rückgang in der Zahl der Personenkraftwagen kommt in gleichem Verhältnis natürlich den Lastwagen zugute. Die Zahl der Lastwagen, die vorzugsweise der Personenbeförderung dienen, bewegt sich in den letzten Jahren wie folgt:

Jahr	Zahl der Wagen	Zunahme seit 1909	1909 gleich 100 gesetzt
1909	18 547	—	100
1910	24 639	6 092	132,8
1911	32 891	14 347	177,4
1912	43 162	24 615	232,7

Von den Personenkraftwagen fielen auf Kraftwagen

am	bis zu	von 8 bis	von 16 bis	über
1. Jan.	8 PS	zu 16 PS	zu 40 PS	40 PS
1910	12 595	7 311	4 605	98
in pCt.	51,1	29,8	18,7	0,4
1911	13 758	10 511	8 177	448
in pCt.	41,8	32,0	24,8	1,4
1912	14 067	13 355	14 505	1235
in pCt.	32,6	30,9	33,6	2,9

Diese Ziffern sind sehr lehrreich, sie sind eine Statistik des zunehmenden Reichthums. Es stieg die Zahl der Wagen von 8 PS. seit 1910 um 1472 — 11,7 pCt., die der nächsten Gruppe stieg um 6014 — 81,8 pCt.; die Zahl der dann in der Größe folgenden Wagen stieg um 9900 — 215 pCt. und die Zahl der Wagen über 40 PS. stieg um 1137 — 1160,2 pCt.

Werfen wir nun einen Blick auf die Entwicklung der Motorwagen, die vorzugsweise der Lastenbeförderung dienen. Die Zahl dieser Wagen bewegt sich in den letzten Jahren wie folgt:

Jahr	Zahl der Wagen	Zunahme seit 1909	1909 gleich 100 gesetzt
1909	2004	—	100
1910	2823	819	140,7
1911	4206*	2202	209,8
1912	6687	4683	333,7

Die prozentuelle Zunahme ist hier ungleich größer als bei den Personenkraftwagen.

Auf die vier Größtenklassen verteilen sich die Lastwagen folgendermaßen:

*) Die auf Seite 266 des „Courier“ vom vorigen Jahre angeführte Zahl ist falsch. Auf Seite 265 des „Courier“ vom Jahre 1911 ist die Ziffer richtig wieder gegeben. Für die Verhältniszahl der Reihe gilt das im ersten Satz Gesagte.

Tabelle 2.

Verwendungszweck der Kraftfahrzeuge, die vorzugsweise dienen:

a) der Personenbeförderung

b) der Lastenbeförderung.

Main table with columns for states (Staaten und Landbestelle), total number of vehicles, and usage for public services, trade, and leisure.

Summary table showing the number of vehicles in different power categories (8 PS, 16 PS, 40 PS, over 40 PS) from 1910 to 1912.

Wir haben hier die Entwicklung wie bei den Personenkraftwagen - nur in verstärkter Weise. Die Zahl der Wagen von 8 PS. stieg seit 1910 um 174 (gegen 1911 ist allerdings schon ein Minus von 96 Wagen zu verzeichnen) - 12,2 pCt. (gegen 1911 beträgt der Rückgang 5,6 pCt.), die Zahl der Wagen der nächsten Gruppe stieg um 1701 - 277,9 pCt., die Zahl der dann folgenden Wagen stieg um 1613 - 213 pCt. und die Zahl der Wagen über 40 PS. stieg um 376 - 1296,6 pCt.

Über den "Verwendungszweck" orientiert eingehend die Tabelle 2. Schalten wir die Fahrzeuge, die zur "Veranstaltung von Probefahrten zugelassen sind" aus, weil für uns unerheblich, dann hat die Zahl der dem öffentlichen Verkehr dienenden Wagen: Droschken, Omnibusse etc. die größte Steigerung erfahren. Es wurden von ihnen gezählt

Table showing the number of vehicles and their increase since 1909 for public transport vehicles.

Auch hier ist die Zurückdrängung der leichten Wagen zugunsten der schweren unverkennbar, wie aus folgender Aufstellung ziffernmäßig ersichtlich. Es wurden gezählt:

Table showing the number of vehicles in different power categories (8 PS, 16 PS, 40 PS, over 40 PS) from 1910 to 1912.

Die Zahl der leichten Wagen stieg seit 1910 um 83 - 10 pCt., die der nächsten Gruppe verringerte sich um 372 - 18,6 pCt., dagegen stieg wiederum die Zahl der Wagen in der dritten Gruppe um 2204 - 482,3 pCt. Die Wagen über 40 PS waren 1910 überhaupt noch nicht vertreten, ihre Zahl stieg im letzten Jahr um 44 - 244,4 pCt. - Der Prozentanteil dieser dem öffentlichen Verkehr dienenden Wagen an der Gesamtzahl der zur Personenbeförderung benutzten Wagen betrug 1909: 5,9 pCt., 1910: 7,0 pCt., 1911: 7,9 pCt. und 1912: 8,3 pCt. Der Landespolizeibezirk Berlin zählte im vorigen Jahr noch über die Hälfte der dem öffentlichen Verkehr dienenden Wagen. Der Prozentsatz ist jetzt zurückgegangen. An Droschken und Omnibusse waren vorhanden

Table showing the number of vehicles in Berlin and Brandenburg from 1907 to 1912.

*) Landespolizeibezirk Berlin. Vergl. Fußnote bei der Tabelle.

Stark gestiegen ist die Zahl dieser Wagen in Bayern, Sachsen, Württemberg, Rheinland, Hannover, Schlesien, Hamburg und anderen Landesteilen.

"Für die Zwecke des Handelsgewerbes und sonstiger Gewerbebetriebe" dienten zur Personenbeförderung:

Table showing the number of vehicles used for trade and industry purposes from 1909 to 1912.

Sehen wir die Zahl der Personenkraftwagen im Handelsgewerbe etc. gleich 100, so stehen sich Räder und Wagen in den letzten Jahren wie folgt gegenüber:

Table comparing the ratio of bicycles to motor vehicles in trade and industry from 1909 to 1912.

Überall dasselbe Bild: Vermehrung der Wagen unter teils absoluter, teils relativer Verdrängung der Räder. - Wie lassen im Vergleich gleich die der Personenbeförderung im Handelsgewerbe etc. zuzurechnen sind. Es sind dies

Table showing the number of vehicles used for trade and industry purposes from 1909 to 1912.

Sehen wir auch hier die Zahl der Fahrzeuge überhaupt gleich 100, so stehen sich Räder und Wagen im folgenden Verhältnis gegenüber:

Table comparing the ratio of bicycles to motor vehicles in general from 1909 to 1912.

Folgende Aufstellung zeigt, daß auch hier die schweren Wagen immer mehr Raum gewinnen. Es wurden in den Handels- pp. Betrieben an Lastkraftwagen gezählt am:

Table showing the number of heavy motor vehicles in trade and industry from 1910 to 1912.

Die Zahl der Wagen in der ersten Gruppe stieg seit 1910 um 66 - 4,8 pCt., die in der zweiten Gruppe stieg um 739 - 134,6 pCt., die in der dritten stieg um 1270 - 195 pCt. und die Zahl der Wagen von über 40 PS. stieg um 259 - 2158,3 pCt.

Um das Bild vollständig zu machen, wollen wir

noch einen kurzen Ueberblick über die Entwicklung der Sport- und Vergnügungsfahrzeuge geben. Diefen Zwecken dienten am

Table showing the number of sport and leisure vehicles from 1909 to 1912.

Zum ersten Mal ist die Zahl der Räder auch in dieser Gruppe nicht nur relativ, sondern auch absolut zurückgegangen. Eine verhältnismäßige Gegenüberstellung gibt folgendes Bild:

Table comparing the ratio of bicycles to motor vehicles in sport and leisure from 1909 to 1912.

Das Automobil ist ein Mittel des Weltverkehrs geworden. Auch Deutschland wird immer mehr Ziel der Autowanderer. In der Zeit vom 1. Oktober bis zum 30. September kamen Kraftfahrzeuge nach Deutschland:

Table showing the number of motor vehicles imported into Germany from 1907/08 to 1910/11.

Auf die einzelnen Monate verteilt sich der ausländische Besuch wie folgt:

Table showing the number of foreign visitors by month from October 1910 to March 1911.

Die größte Zahl der Gäste (6937) kam wie immer aus Frankreich (Elßaß-Lothringen). Dann folgt Oesterreich-Ungarn (4138), imweiteren Abstand folgen dann Schweiz, Niederland, Belgien usw. Zur Lastenbeförderung dienten 134 der eingeführten Kraftwagen. . .

Wir glauben, zahlen- und ziffernmäßig den Nachweis von der Wichtigkeit einer durchgreifenden Agitation unter den Chauffeuren geführt zu haben. Nach einer sorgfältigen Aufstellung können wir heute mit 38 000 Chauffeuren rechnen, die für die Organisation zu gewinnen sind. Davon sind erst knapp 7000 bet uns organisiert. Diese nackte Gegenüberstellung müßte für jeden Kollegen Ansporn genug sein zur durchgreifenden Agitation unter diesen Berufscollegen.

Sowohl im Verbandsinteresse, als auch im Interesse der Chauffeure selbst, müssen wir dafür sorgen, daß die Klimabünde aus diesem Beruf verschwinden. Für gewisse Personen ist die Vereinsgründung ein rentables Geschäft geworden. Leute, die vor einigen Jahren auf Frachtbrief in unsere Heimat kamen, nennen sich heute Automobilbesitzer. Um die Schandflecke zu tilgen, die der Bewegung der Chauffeure noch anhaften, müssen alle wahren Freunde und Vertreter der Chauffeure zusammenstehen, um den letzten Chauffeur in unsere Reihen zu führen.

Für keine Berufsgruppe ist der Transportarbeiterverband notwendiger, als für die Chauffeure. Deshalb heißt es für sie:

Stein in den Deutschen Transportarbeiterverband!

Zum Streik der Carameter-Chauffeurs in Zürich.

Kaum ist ein Jahr verfloßen, seit bei den Chauffeurs in der Schweiz der Gedanke der modernen Arbeiterorganisation Platz gegriffen und an Stelle des bisherigen „Klubsystems“ getreten ist. —

Anfangs 1911 machte sich die Leitung des Schweizer Transportarbeiter-Verbandes daran, diese Kollegen zu organisieren und es ist erfreulicherweise in Zürich sehr bald gelungen. Später folgte Basel und in jüngster Zeit St. Gallen. Viel dazu beigetragen haben die unerhörten Polizeibüßen und Sanktionen der Verkehrspolizei — nicht minder aber auch das unwürdige System in der Lohnzahlung bei einem Teil der Carameter-Chauffeurs. In Zürich ist neben 4 bis 5 Kleinbetrieben mit 2 bis 5 Wagen ein größerer Betrieb Hugo Sax mit circa 30 Wagen und einem Chauffeurbestand von 40 Mann im Maximum. Neben der Behandlung, welche sehr viel zu wünschen übrig ließ, hatte man in diesem Betrieb nach und nach ein „Lohnsystem“ eingeführt, welches geradezu unerhört war. Diese Kollegen wußten tatsächlich selber nicht genau, wie ihre Lohnzahlung war, denn während die Kollegen glaubten, Anspruch auf ein Fixum und einen garantierten Minimallohn zu haben, stellte sich bei der Bewegung heraus, daß dies gar nicht der Fall war. In der Arbeitsordnung war nämlich die interessante Bestimmung enthalten: „Die Lohnbedingungen werden jeweils von der Firma festgesetzt.“ Die Chauffeurs wurden in dem Glauben hingehalten, daß man ihnen 20 pCt. der Einnahmen bezahle, wovon sie das Wenzin bezahlen sollten. In Wirklichkeit war es aber so, daß von den Einnahmen erst das Wenzin in Abzug gebracht wurde, und vom Rest wurden 20 pCt. als Lohn ausbezahlt. So kam es denn auch öfters vor, daß der angeblich garantierte Minimallohn von 4 Fr. per Tag eben nicht bezahlt wurde, sondern in vielen Fällen kaum die Hälfte. Dafür aber leisteten die Chauffeurs eine Verlautbarung von 600 Fr. und sind für alle Schäden, die aus „Unachtsamkeit“ und Fahrlässigkeit entstehen, verantwortlich, bezw. haftbar. Es dauerte trotzdem ziemlich lange, bis wie die Chauffeurs davon überzeugt hatten, daß hier nur durch die Organisation eine Venderung geschaffen werden konnte, denn gar viele hingen noch am „guten Herz“ ihres Brotherrn. Nachdem aber im letzten Winter die Verhältnisse sich zusehends verschlechterten, entschlossen sich die Chauffeurs, der Firma Forderungen einzureichen. Die Firma versuchte hierauf, mit ihren Leuten so „unter sich“ zu verhandeln, worauf sie allerdings nicht hineingefallen sind. Dann versuchte man es mit dem bekannten statistischen Material, womit man den Chauffeurs nachweisen wollte, wie hoch eigentlich ihr Verdienst sei. So kam man denn bei den ersten Verhandlungen auf die Forderungen überhaupt nicht zu sprechen, und die Vertreter der Chauffeurs gingen mit dem Bewußtsein wieder heim, daß es hier zum Kampf kommen müsse, wenn wirklich ein Erfolg erreicht werden sollte. Die Firma erbat sich eine Bedenkzeit, um ihre „Berechnungen“ aufstellen zu können, was derselben großmütig gewährt wurde. In der Zwischenzeit versuchte der Betriebsinhaber in München für die Chauffeurs vollen Erfolg anzuwerben. Unglücklicherweise gelangte der Herr an die richtige Quelle, da bekanntlich die Carameter-Chauffeurs in München gut organisiert sind. Man wußte sich aber doch zu helfen, und versicherte den Chauffeurs, es handle sich nicht um einen Erfolg für die Chauffeurs in Zürich, sondern um eine „Berechnung“ des Personals. Die Münchener Chauffeurs waren aber nicht auf den Schopf gefallen und verlangten, daß man ihnen vorerst Gelegenheit gebe, sich selber von der Tatsache zu überzeugen, daß man die Chauffeurs nicht einwilligen, und so ist es zu dem Vertrauenssturz auf Kosten der Firma nach Zürich. Allerdings liefen die Kollegen nicht dem „Empfangskomitee“ in die Hände, sondern begaben sich direkt auf das Verbandsbüro, um sich über den wahren Sachverhalt zu erkundigen.

Das Spiel ging denn ruhig weiter, die Chauffeurs einigten sich mit der Firma, 20 Chauffeurs zu vermitteln und gruppenweise zu schicken. Der Betriebsinhaber war noch vorsichtig genug, sich zu erkundigen, ob vielleicht der Deutsche Transportarbeiterverband mit dem Schweizerischen Beziehungen habe, was selbstverständlich „verneint“ wurde. Die Mission war erfüllt, aber die Firma wartet heute noch auf die Münchener Chauffeurs. Dieser Angriff seitens der Firma während der Verhandlungen war für die Organisationsleitung Grund genug, über die Firma die Sperre zu verhängen, was selbstverständlich sofort erfolgte. Darauf spielte die Firma den Beleidigten und lehnte weitere Verhandlungen ab. Nach dem bekannten Rezept ließ man die Chauffeurs einzeln auf das Büro kommen, um dieselben einzusehen, aber alles umsonst. Nachdem die Firma trotz mehrmaliger Aufforderung jede Unterhandlung ablehnte, legten die Chauffeurs am 27. April einmütig die Arbeit nieder. Der Betrieb rühte vollständig, trotz der größten Anstrengung, Streikbrecher zu bekommen. Die streikenden Chauffeurs haben sich wacker gehalten, nicht ein Mann ist umgefallen. Die staatlichen Einigungsversuche scheiterten am Verhalten des Unternehmers, weil dieser sich weigerte, mit der Organisation abzuschließen und die Lohnforderungen nicht bewilligen wollte.

Am 12. Streiktag aber — es war gerade am Weltfeiertage — besann sich der Unternehmer anders und verlangte nochmals Unterhandlungen.

An diesen Verhandlungen kam denn eine vollständige Einstellung zustande, nachdem der Unternehmer den Lohnforderungen ziemlich entgegenkam. Außerdem mußte derselbe Herr, welcher zwei Tage vorher die Organisation vollständig ausschalten wollte, nicht nur die Organisation anerkennen, sondern mit dem Verband einen Tarifvertrag abschließen. Es gab kein

Ausweichen mehr, unter dem Druck der gegebenen Situation mußte er wohl oder übel Schritt für Schritt nachgeben, denn der Schaden wurde mit jedem Tage größer und die Lage der Streikenden günstiger. So mußte ein Scharfmacher im neuen Verkehrsgerichte die Macht der Organisation kennen lernen, und es wird denselben ein zweites Mal nicht so schnell wieder einfallen, es auf eine Wachtprobe ankommen zu lassen. Von den Errungenschaften wollen wir kurz folgendes nennen:

Die Arbeitszeit bei Schichtwechsel ist im allgemeinen eine zwölfstündige und vor allem nun geregelt, was vorher nicht der Fall war. Den Fahrern werden zu den Mahlzeiten genügende Pausen gewährt. Jeder Fahrer hat Anspruch auf vier Ruhetage im Monat (bisher nur drei), wovon einer derselben auf einen Sonn- oder Feiertag fallen muß.

Jeder Fahrer erhält als Lohn ein tägliches Fixum von 2 Fr., nebst 10 pCt. der Gesamteinnahmen. Außerdem ist eine Berechnung der Leerkilometer vorgesehen, welche den Fahrern eine durchschnittliche Mehreinnahme von 25 Cts. per Tag garantiert. In jedem Falle wird ein tägliches Minimum von 5 Fr. garantiert. Werkstattarbeit wird mit 60 Cts. per

Die Gestörten.

Ein Sommertag. Im weiten wohlgepflegten Garten Erholt va mehres Volk sich unterm Glätterdach Vom Mittagsmahl; es klatschen auf dem Tisch die Garten Und manchmal springt ein Pfropf mit leisem Krach.

Ein Bäcklein gargelt drüben auf der grünen Wiese, Und müdes Damenlächeln wirbelt durch den Wind . . . Da knirschen schwere Schritte in dem weißen Kiese; Ein armes Bettelweib und an der Hand ein Kind!

Ein mag'res Angesicht vollummertrag'ner Trauer, Ein milder schwerer Leib, der neues Leben wirkt Und seine Fäßlichkeit und seine Schauer Nur dürstig unterm Lumpenkleid verbirgt.

Sie kann nicht mehr! Sie wankt und auf den Nasen Sinkt sie! Das Kind hält ängstlich sich an ihrem Kleid. — Die andern sind gestört und räumpfen ihre Nasen, — Bis einer ungeduldig nach dem Kellner schreit.

Der Kellner schläft in einer Ecke; mit geschwunden Geschäftigen Geberden springt er jetzt empor. — „Ach, Jean, entfernen Sie doch die Person da hinten, Das kommt in einem feinen Hause doch nicht vor!“

„Na, aber rasch! Was wollen Sie noch warten?“ — Der Kellner schickt das Weib, das wieder aufrecht stand Und sich an einem Tische hielt, hinaus zum Garten, Dann lehnt er nach vollbrachter Pflicht sich gähmend an die Wand.

Das Bettelweib schleppt langsam, am Staketenmaune Sich helfend, ihr lebendiges Gewicht.

Wie anders können sie nur sein, und wie anders sind sie denn? — Das sind die Kinder der Stadt, die Kinder der Stadt.

Was weiter mit dem Weib geschah? — O nichts! Nur mit Entsetzen

Und Furcht und Haß in seinem großen langen Blick Sah der Erquälten Kind auf das Ergötzen Des frohen, frohen, rohen — reichen Volks zurück.

Stunde bezahlt. Bekommt ein Fahrer infolge Reparatur seinen Wagen zur Verfügung, wird ein Wartegeld von 6 Fr. pro Tag bezahlt. Sämtliche Fahrer sind auf Kosten der Firma gegen Unfall und Haftpflicht versichert und beziehen während des Unfalls einen Tagelohn von 6 Fr. Der erste Monat der Anstellung ist Probezeit ohne Kündigungsfrist. Nachher gilt 3tägige und nach einem Anstellungsjahr 14tägige Kündigung. Das Koalitionsrecht der Chauffeurs wird in vollem Umfange gewährleistet. Sämtliche Streitende wurden wieder eingestellt und dürfen wegen Beteiligung am Streik keine Maßregelungen vorgenommen werden.

Der Vertrag tritt mit dem 1. Mai 1912 in Kraft und gilt vorerst auf 6 Monate. Erfolgt nach dieser Frist keine Kündigung, gilt der Vertrag auf ein weiteres Jahr. Sämtliche Differenzen aus dem Arbeitsverhältnis oder über die Auslegung des Vertrages werden durch die Verbandsleitung geschlichtet. Dieser Erfolg läßt sich gegenüber den bisherigen Verhältnissen sehr wohl sehen und wird unsere Kollegen zu neuen Kämpfen anspornen.

Lohnbewegung in den Berliner Schwerfuhrwerksbetrieben.

Die Kutscher, Mitfahrer und Stalleute aus den Bau- und Arbeitsfuhrwerksbetrieben Groß-Berlins befinden sich zur Zeit in einer Lohnbewegung. Die Kollegen waren bis vor ungefähr anderthalb Jahren für unseren Verband kaum zu gewinnen. Die emsige

und unermüdete Agitationsarbeit unserer Verbandsfunktionäre, Bezirksführer und Branchenleiter ist es zu danken, daß der Organisationsgedanke auch unter diesen Berufscollegen mehr und mehr Eingang gefunden hat. Innerhalb des genannten Zeitraumes haben sich über 3000 Kutscher dieser Betriebe unserem Verbands angegeschlossen und sie bilden heute in der Sektion II eine Branche mit selbständiger Leitung.

Die Lohn- und Arbeitsbedingungen dieser Kollegen sind im Vergleich mit anderen Kutschern in Berlin noch sehr traurige.

In keiner Branche herrscht eine so lange Arbeitszeit wie in den Schwerfuhrwerksbetrieben in Groß-Berlin. Es kommen neben einigen größeren Betrieben hauptsächlich mittlere und Kleinbetriebe in Frage.

Da die Fuhrherren in Berlin unter sich zum Schaden des Gewerbes den allergrößten Konkurrenzkampf ausfechten, ist es erklärlich, daß dieser Zustand dazu führt, Menschen und Pferde schrankenlos auszunutzen. Die Fuhrherren verlangen, um, wie sie erklären, existenzfähig zu bleiben, daß die Kutscher mit den ihnen anvertrauten Gespanssen täglich ein bestimmtes Arbeitspensum leisten müssen. Aus diesem Grunde dehnt sich die Arbeitszeit ins Unermessliche aus. Früh morgens zwischen 4—5 Uhr müssen diese Leute ihren Dienst im Stalle antreten und endet derselbe fast täglich erst zwischen 9—10 Uhr abends, sehr oft auch noch später. Geregelte Essenspausen kennen die Kutscher nicht. Die sanitären Einrichtungen in diesen Betrieben spotten jeder Beschreibung. Waschgelegenheiten und Umkleieräume sind nicht vorhanden. In vielen Betrieben mangelt es an Klosett- und Urinalen. Vielfach mangelt es auch an der nötigen Keintlichkeit dieser menschlichen Notdurfs- und Toiletteinrichtungen. Hinzu kommt noch, daß in vielen Betrieben die Kutscher seitens der Fuhrherren nicht als Menschen, sondern schlechter wie das Vieh behandelt werden. Die Kutscher werden mit den erdenklich rohen und gemeinen Schimpfwörtern belegt. Auch tätliche Verletzungen und körperliche Mißhandlungen der Kutscher seitens der Fuhrherren und deren Fuhrwerksinspektoren sind an der Tagesordnung.

Die Löhne sind zur Zeit in den Betrieben verschiedenartig 27 bis 33 Mk. pro Woche. Wenn man die teuren Lebensverhältnisse in Berlin, die lange Arbeitszeit, unter der die Kollegen zu leiden haben, und ihre körperlich anstrengende Arbeit in Betracht zieht, so steht diese Entlohnung durchaus nicht im Einklang mit der geforderten Arbeitsleistung.

Es kommt ferner hinzu, daß sehr viele Fuhrherren die Bestimmungen der Arbeiterversicherungs-gesetze nicht nur außer Acht lassen, sondern sie auch zu umgehen versuchen, wodurch den Kutschern vielfach Schäden und Schwierigkeiten in Bezug auf ihre Ansprüche an der Kranken- und Invalidenversicherung entstehen. Nachdem sich die Kutscher unserem Verbands angegeschlossen haben, sind uns wiederholt Beschwerden zugegangen und Fälle zu unserer Kenntnis gelangt, daß die Kutscher nach wochenlanger Beschäftigung erst bei den zuständigen Krankenkassen unter Angabe eines späteren Eintrittsdatums in die Beschäftigung angemeldet wurden, trotzdem ihnen die Beiträge jede Woche für die Krankenkasse vom Lohne in Abzug gebracht wurden. Ein gleiches läßt sich in Bezug auf das Kleben der Invalidenmarken sagen. Uns haben Invalidenarten vorgelegen, in der bedeutend weniger Warten geklebt waren, als die Anzahl der Arbeitswochen betrug. Abgesehen von all den Fällen, in denen die Invalidenmarken beim Abgange der Kutscher aus der jeweiligen Beschäftigung überhaupt nicht geklebt waren. Aus Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen haben diese unsere Berufscollegen vielfach die ungesicherten Krankenkassen der Fuhrunternehmer unter dem Vorwand, daß die Krankenkassen nicht existieren, die Invalidenmarken nicht geklebt. Die Krankenkassen sind aber vorhanden und die Invalidenmarken sind geklebt, alle derartigen ihr zur Kenntnis gelangenden Uebertretungen der Arbeitgeber unverzüglich der zuständigen Behörde mitzutellen, was bereits in verschiedenen Fällen in der letzten Zeit geschehen ist.

Es war deshalb hohe Zeit, daß sich die Kollegen auf ihre Organisationspflicht besannen, um mit Hilfe des Verbandes diesen kulturwidrigen Zuständen ein Ende zu bereiten. Daß es unseren Kollegen Schwerfuhrwerkskutschern ernstlich darum zu tun ist, sich bessere Lebensverhältnisse zu schaffen und gleichzeitig mit der übrigen Arbeiterschaft eine höhere Kulturstufe zu erreichen, beweisen ihre überaus stark besuchten, von gutem Geiste besetzten Versammlungen, welche im Laufe der letzten Zeit abgehalten wurden.

Bereits im Jahre 1911 traten die Kollegen Schwerfuhrwerkskutscher aus den Betrieben in Lichtenberg in eine Lohnbewegung ein und erreichten durch Arbeitsniederlegung wohl eine zufriedenstellende Lohn-erhöhung; jedoch kam ein Tarifvertrag mit dem Fuhrherren-Verein nicht zustande. Viele dieser Fuhrherren erklärten damals, daß sie nur einem Tarifvertrag zustimmen würden, wenn ein solcher für das gesamte Schwerfuhrwerksgewerbe geschaffen würde.

Bei der jetzt in Angriff genommenen Bewegung soll der Versuch unternommen werden, ein Vertragsverhältnis für das Schwerfuhrwerksgewerbe von Groß-Berlin zustande zu bringen. An dem guten Willen der beteiligten Kutscher und ihrer Verbandsleitung fehlt es hierzu nicht. Hoffentlich werden auch die Fuhrherren nicht daran fehlen lassen, eine Verständigung zu ermöglichen.

Die Kollegen haben die Vorbereitung zu dieser Bewegung in aller Stille getroffen. In den letzten Wochen haben zunächst in den einzelnen Vororten und Stadtteilen gut besuchte Versammlungen stattgefunden, die sich mit der Frage der Lohnforderungen beschäftigten. In einer gemeinsam abgehaltenen, überfüllten Versammlung wurde sodann von der eingesetzten Lohnkommission über die inzwischen ausgearbeiteten Lohnforderungen Bericht erstattet und beschlossen, diese in Form eines Lohn-Tarif-Vertragesent-

wurfes den Unternehmern durch die Verbandsleitung überreichen zu lassen. Die Forderungen lauten im wesentlichen: Arbeitszeit von 6 Uhr früh bis 6 1/2 Uhr abends inkl. 2 Stunden Pause. Die Lohnwoche ist mit 6 Tagen für alle Arbeiter zu berechnen. Ueberstunden sollen je mit 80 Pf. und, falls solche in dringenden Fällen nach 10 Uhr abends geleistet werden, mit 1 Mk. bezahlt werden. Für reguläre Nachtarbeit erhalten die Kutscher pro Nacht 1,50 Mk. Zuschlag zu ihrem Lohne. Die Lohnzahlung soll Freitag erfolgen. Der Sonntagsvormittagsdienst, der sich nur auf die Pflege der Pferde beschränken soll, muß bis 10 Uhr vormittags beendet sein. Außerdem soll diese Arbeit so geregelt werden, daß die Kutscher abwechselnd jeden zweiten Sonntag völlig dienstfrei sind. Für den Sonntagsvormittagsdienst werden 2 Mk. und für das Füttern der Pferde am Sonntag nachmittag 1,50 Mk. gefordert. Gegen die Unbilden der Witterung fordern die Kutscher von den Unternehmern Lieferung von Regenpeltern und für die kalte Jahreszeit warme Decken. Neben diesen wesentlichen Forderungen enthält der Lohnvertrag noch eine Reihe anderer Bestimmungen.

Der Lohnvertrag ist dann den Führern mit Begleitschreiben einzeln sowohl als auch der Zentralstelle der Führer-Vereinigungen überreicht und bis zum 16. Mai Bescheid erbeten worden. Einige Führer haben geantwortet, daß die Zentralstelle beauftragt wäre, die gewünschten Verhandlungen zu führen. Von der Zentralstelle selbst erhielten wir nachstehenden Bescheid:

Zentralstelle der Führer-Vereinigungen Groß-Berlins.

W ü r o S. 59, Fontane-Promenade 14. Berlin, 15. Mai 1912.

Unter Bezugnahme auf das gefäll. Schreiben vom 10. d. M. erwidern wir Ihnen ergebenst, daß wir uns zu gegenseitigen Verhandlungen bereit erklären. Da der Vorstand jedoch durch mehrfache Kongresse hieran augenblicklich verhindert ist, dürfte als Termin Ende Mai, Anfang Juni vielleicht in Frage kommen. Im übrigen muß erst eine Vollmachtsklärung der einzelnen Ortsgruppen stattfinden, die ja voraussichtlich erfolgen wird.

Hochachtungsvoll
E. Weck, Vorsitzender.

Am Sonntag, den 19. Mai, nahmen die Kollegen daraufhin in einer Versammlung Stellung zu dem Antwortschreiben der Unternehmer. Der Bericht der Lohnkommission wurde mit großem Interesse entgegen genommen. Obgleich einige Diskussionsredner der Meinung waren, daß die Führer durch ihr Verhalten in den Betrieben zu erkennen geben, den Weg zur Abnahme von Verhandlungen zu erschweren, um Zeit zu gewinnen, stimmte die Versammlung einstimmig einer Resolution zu, durch welche das Angebot der Führer-Zentrale akzeptiert wird, die Verhandlungen auf zentraler Grundlage vorzunehmen, unter der Voraussetzung, daß dieselben auf dem schnellsten Wege eingeleitet und von staten gehen möchten. Die Verbandsleitung wurde beauftragt, diesen Beschluß der Zentralstelle zu übermitteln. Da in einigen Betrieben die Führer den Versuch unternommen haben, die Vertrauensleute zu entlassen wurden die Kollegen aufgefordert, jedem solche Versuche der Unternehmer mit Nachdruck entgegenzutreten.

Bei der Firma Albert Wof in Tempelhof haben unsere Kollegen am Sonntag, den 18. Mai, bereits zu Abwehrmaßnahmen durch Arbeitsniederlegung gegriffen. Dieser Firma sind die Lohnforderungen ebenfalls gestellt worden. Dem Betriebsleiter Herrn Robert Keil gefällt es aber nicht, daß seine Kutscher sich dem Verbandsangehörigen haben und versuchte, durch wörtliche Beleidigungen und tätlichen Angriff auf den Vertrauensmann der Kutscher, sie hiervon zurückzuhalten. Darauf legten die Kollegen die Arbeit nieder.

Die Kutscher fordern Anerkennung ihrer Organisation, anständige und menschliche Behandlung sowie Wiedereinstellung ihrer beiden gemäßigten Kollegen. Die Firma Wof sucht ihren Betrieb mit Arbeitswilligen aufrecht zu erhalten. Die Kausreißer, die sie bekommen hat, sind aber alles andere, nur keine zuverlässige Kutscher. Dieses gab der Führerbetriebsinspektor Keil bei einer Verhandlung, die zwei Vertreter des Transportarbeiterverbandes zweifelhafte Beilegung der Differenzen mit ihm hatten, selbst zu. Herr Keil, der anfangs nicht geneigt war, mit den Organisationsvertretern verhandeln zu wollen, erklärte nunmehr, damit das Renommee der Firma nicht mehr unter dieser Differenz leide, sei er gewillt, die Sache dadurch aus der Welt zu schaffen, daß er von den Streikenden nach den Pfingstfeiertagen sofort Mann einstelle, wie ihm beliebt würden. Von den jetzigen Arbeitswilligen müsse er einige Leute im Betriebe behalten. Natürlich müsse ihm auch die Auswahl der Leute, welche wieder eingestellt werden sollten, überlassen bleiben. In Bezug auf die Verhandlung des Vertrauensmannes der Kutscher erklärte Herr Keil, daß er „denjenigen nur gestochen“ habe; der Sachverhalt sei wie folgt: Es sei ihm durch einen Gendarm am Freitag die Mitteilung gemacht worden, daß dieser in der Baukaroline auf dem Tempelhofer Felde aus einem Nebenzimmer gehört habe, wie der Vertrauensmann der Kutscher dem Transportarbeiterverband telephonisch Nachricht wegen Entlassung eines Kutschers gegeben hätte. Deswegen habe er den betreffenden Kutscher abends auf dem Führerhofe zur Rede gestellt und ihn bei dem ent-

standenen Wortwechsel nur gestochen. Dagegen behauptet der Kutscher, daß er ins Gesicht geschlagen worden sei. Die Kutscher haben das Anerbieten des Betriebsleiters einmütig abgelehnt. Der Streik wird so lange fortgeführt werden, bis den Kutschern ein besseres Entgegenkommen seitens der Firma Wof gebracht wird.

Da auch dieser Betrieb der Zentralstelle der Führer angegeschlossen ist, wird sich der Herr Wof überlegen müssen, ob er gut daran tut, bevor die Verhandlungen stattfinden, Öl ins Feuer zu gießen.

Jedenfalls werden die Schwerfuhrwerkskutscher durch ihr solidarisches Zusammenhalten sich durch verlässliche Übergriffe einzelner Unternehmer nicht von dem gesteckten Ziele abbringen lassen. Es wird dann nicht ausbleiben können, daß ihre Bewegung von Erfolg gekrönt ist.

Die Gelben in der A. G. G. zu Berlin.

Wir haben schon einmal an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft unter die Gelben gegangen ist, und daß sie mit der Gründung gelber Fabrikvereine im großen begonnen hat und von den Arbeitern erwartet, daß diese sich als Mitglieder in den Verein eintragen lassen.

Zuerst hieß es: Die gelben Fabrikvereine seien geschaffen, um den Unorganisierten Gelegenheit zu geben, sich vor Streiks und Ausperrungen zu schützen. Später jedoch ist dieser Standpunkt verlassen worden, und die Agitatoren der Firma A. G. G. traten offen dafür ein, daß jeder Mitglied werden müsse. Auch das Statut der Gelben wird von den gelben Agitatoren und Vertrauensleute außer Kraft gesetzt, denn dort heißt es im § 2 ausdrücklich, daß nur ausnahmefähig ist: der einer anderen Organisation nicht angehört und eine solche mit Geldmitteln nicht unterstützt.

Alles das ist längst in den Wind geschlagen und die Mitglieder anderer Verbände werden von den

Die Steigerung der Fleischpreise!

Wie die Fleischpreise in die Höhe schnellen, zeigt folgende Aufstellung nach den Angaben der „Statistischen Korrespondenz“ über die ermittelten Durchschnittspreise nach den Notierungen an 50 Markorten. Es kostete im April 1 kg Pfennige:

	1909	1910	1911	1912
Schweinefleisch	154,6	161,1	147,5	159,7
Rindfleisch	153,7	154,3	164,8	175,1
Kalbfleisch	170,8	176,7	187,4	193,—
Lammfleisch	163,3	169,3	175,8	182,8

Als vor einigen Monaten der ultramontane Landwirtschaftsminister die Möglichkeit einer weiteren Fleischteuerung besprach, da umroste ihn das Weisheitsgeheul der Junker und Klerikalen, die ultramontane Presse höhnte über „sozialdemokratisches Teuerungsgeschrei“. Jetzt hüllen sich die Herrschaften jedoch in beredetes Schweigen.

Agitatoren der A. G. G. belästigt und aufgefordert, Mitglieder in den gelben Fabrikvereinen zu werden.

Da selbst vor den Funktionären der freien Gewerkschaften wird kein Halt gemacht, auch diese werden zum Beitritt aufgefordert!

Ob dies Sarkas oder Hohm ist, läßt sich noch nicht sagen.

Teigehälter in den Gelben offen im Gegensatz zu den Vorgesetzten geworden.

Die Fabrikordnung verbietet das zwar, aber die Gelben haben ein Recht dazu, das Verbot besteht nur für die Gegner der Gelben, und wenn diese sich erdreisten, für ihre Organisation zu agitieren, dann weist die Betriebsleitung auf die Bestimmung in der Fabrikordnung hin und erklärt die Betreffenden für entlassen, weil sie gegen die Arbeitsordnung verstoßen haben.

Interessanter dürfte auch die Frage: Von wo werden die Agitatoren der Gelben gestellt und welche Personen beteiligen sich an der Agitation hauptsächlich? Diese Frage ließe sich schnell beantworten, indem man kurz sagt: Anständige Kerle sind es nicht! Und in der Tat, der vorhergehende Satz würde die beste Antwort geben. Doch bei der Frage kommt es darauf an, die große Öffentlichkeit auf diese Gelben zu lenken, und daher müssen wir uns schon mit den einzelnen Wiedernehmern etwas näher beschäftigen.

Zunächst finden wir da Leute, die das ruhmvolle Amt eines gelben Fabrikagitatoren betreiben, von denen schon früher, als der Werkverein der A. G. G. noch nicht existierte, die Meinungen laut wurden, daß sie im Solde der Firma stehen und Versammlungen der Arbeiter zu überwachen haben und Tätigkeits- oder Situationsberichte an die Direktion liefern müssen, wofür sie einen Zubaslohn von 3,00 Mk. bekommen haben.

Nenner der Verhältnisse wollen wissen, daß eigens zu diesem Zweck ein besonderer Fonds bestehen soll, und es wird auch gesagt, und zwar sehr bestimmt, daß dieser Fonds von der Strafgelehr- und Wohlfahrtskassa geföhrt wird.

Leute, die sich aus diesem Reklionsfonds speiten ließen, soll es früher schon etliche gegeben haben, doch damals konnten sie ihr lichtscheues Treiben noch mit allen Klünsten verdecken, und wenn sie sich einmal allzusehr in die Enge getrieben sahen, dann strickten sie Stein und Wein und stellten sich als die unschuldig Verleumdeten hin.

Und nun heute bei Bestehen des Werkvereins sieht man diese Wechnäher offen wirken. Bedauerlich

ist: Daß Arbeiter, die auch zu kämpfen haben und die kein Deut besser gestellt sind als die anderen, sich zu solchen unwürdigen Machinationen hingeben können. Bei einigermaßen ehrlichem Nachdenken muß diesen Leuten vor ihrem unsauberen Geschäft selbst ein starker Ekel aufsteigen.

Einen weiteren Bestand von Agitatoren stellen mehrere Herren Werkstat- oder besser gesagt die Meisterschreiber. Diese Stehtragenproletarier dürften nirgends fehlen. Gerade diese haben bei wirtschaftlichen Kämpfen sich wiederholt von dem Unternehmern für schönes Geld prostituiert lassen. In der A. G. G. bekommen diese Herrschaften dafür noch gar nicht einmal bezahlt, sondern die Herren Direktoren verlangen von ihnen diese Liebe gratis entgegengebracht.

Diese Werkstattschreiber sind es denn auch, die in den einzelnen Abteilungen die Agitation für die Gelben betreiben und versuchen, die beschäftigten Arbeiter zum Beitritt in den A. G. G. Fabrikverein zu bewegen. Alle möglichen Tricks, Drohungen und Versprechungen werden in Anwendung gebracht, um die Arbeiterschaft einzufangen. Die wirtschaftliche Lage dieser Herren Meisterschreiber ist in der A. G. G. keineswegs die beste. Die Löhne, die ihnen gezahlt werden, sind äußerst schlecht und die Arbeitszeit ist lang und ungeregt. Wiederholt haben auch schon die Werkstattschreiber gegen ihre miserabile Lage protestiert, doch stets waren diese Proteste ohne Erfolg. Die Direktion behandelt diese Leute ganz nach Verdienst, sie weiß, was sie jenen Leuten alles zumuten darf.

Vor einigen Jahren wurden diese Herrschaften gelegentlich einer Ergebenheitspetition an die Direktion von dieser mit den Namen Däsen und Esel tituliert. Weil sie Lohnzulage haben wollten.

Nach Verdienst gebührt jedem die Krone, und wenn diese Meisterschreiber dumm genug sind, jetzt Helferdienste für die Direktion zu verrichten, so dürfen sie sich später nicht wundern, wenn auch ihre eigenen Wünsche von der Direktion hochmütig mißachtet und abgewiesen werden.

Als dritte im Bunde treten auch mehrere Meister agitatorisch auf. Einige sollen sich in dieser Rolle sehr gut gefallen und legen eine große Eifrigkeit an den Tag, die ihnen sonst bei ihrer Praxis sehr fehlen soll. Namen dieser Herren wollen wir heute noch nicht nennen, dazu wird sich vielleicht noch in Zukunft Gelegenheit finden. Und zum Ueberflus haben sich auch einige Ingenieure gefunden, die der „guten Sache“ dienen wollen.

Unter den letzteren befindet sich eine bekannte Persönlichkeit, und zwar ein Herr Obergeringenieur Kramer. Herr Kramer schwärmt sehr für englische Wohnheiten. Er war es auch, der vor einigen Jahren sich mit dem Gedanken trug, in der A. G. G. das englische Klosettssystem zur Einführung zu bringen. Seiner Ansicht nach wird das Klosett von den Arbeitern zu oft aufgesucht und außerdem zu lange darauf verweilt. Er will, daß an den Klosettgingängen Portiers gestellt werden, die jedem Eintretenden eine Karte aushändigen und welche die verweilte Zeit in einem eigens zu diesem Zweck angelegten Kontrollbuch zu vermerken haben. Wer länger als fünf Minuten auf jenem Orte verweile, sei in Strafe zu nehmen und bei Wiederholung habe die Entlassung zu erfolgen. Ob in England derartige Morden und Einrichtungen bestehen, können wir nicht feststellen.

Ob dieser Herr in der Lage ist, durch sein Wirken den Frieden zwischen Kapital und Arbeit herzustellen, kann wohl sehr fraglich erscheinen.

Wie hier aus den kurzen Schilderungen zu ersehen ist, sind es eine ganze Anzahl Subjekte, die sich ernstlich um die Seele der A. G. G. Arbeiter bemühen. Und bei der Werbung der Mitglieder der gelben Fabrikvereine werden die verschiedensten Lockmittel benutzt. Die ganze Agitation der Gelben grenzt stark an Mühlendammerei. Den unvorbenen Arbeitern wird eingeredet, wenn sie Mitglied seien, würden sie nie entlassen werden, oder wenn wirklich einmal die Arbeit knapp werden sollte, so würden sie in eine andere Abteilung versetzt. Außerdem sei von der Direktion angeordnet, den gelben Vereinsmitgliedern die bessere Arbeit zukommen zu lassen. Die Preise für die Gelben würden stets günstiger gestellt als die der anderen. Lohnzulagen würden in Zukunft überhaupt nur noch solchen Arbeitern gegeben werden, die dem gelben Verein angehören usw.

In einer Mitteilung Hf. V. wollten die Lagerarbeiter Zulage haben, der Meister verweigerte solche und sagte aber: Wenn Sie den Gelben beitreten würden, dann ließe sich die Sache machen. Einige selbstsüchtige Egoisten folgten dem meisterlichen Rate und traten bei, und als sie nun von neuem vorschritten, bedeutete ihnen der Meister, daß sie solche erst bekommen würden, wenn sie ein Jahr Mitglied bleiben. Diese dummen Kollegen hatten neben dem Schaden nun auch noch den Spott.

Mit allen diesen Mitteln und Mittelchen sind die Direktion und ihre Agitatoren nicht in der Lage gewesen, die Standfestigkeit unserer Kollegen zu erschüttern. Sie haben erfreulicherweise allen Versuchen getrotzt und treu zu ihrer Organisation gehalten. Und anders kann es auch gar nicht sein. Ein aufgellärter Arbeiter weiß eben zu genau, daß seine wirtschaftliche Macht in einer starken Organisation liegt, und daß seine Macht mit der Stärke der Organisation zunimmt, daher ist alles, was diese Macht schwächen könnte, zu bekämpfen und zu verwerfen. Die wildesten Kräfte der Rücksichtslosigkeit und wilden Demunzationslust feiern die Gelben im Maschinenlager der A. G. G. Brunnenstraße. Da ist es ein Herr Fritz Reimann, Justizstr. Nr. 63, und ein Herr Max Schulz, Kleinenddorf, Provinzstr. Nr. 111, die Demunzationen vom Zaune brechen, um langjährig tätige Arbeiter zur Entlassung zu bringen. Es ist an

21. Mai gelangte durch deren Tätigkeit wieder ein Kollege wegen eines harmlosen Wortwechsels zur Entlassung, der 16 Jahre im Betriebe tätig gewesen war. Die Empörung der Arbeiter steigt sichtlich, und es ist nicht ausgeschlossen, daß es mal zu Zusammenstößen kommen kann.

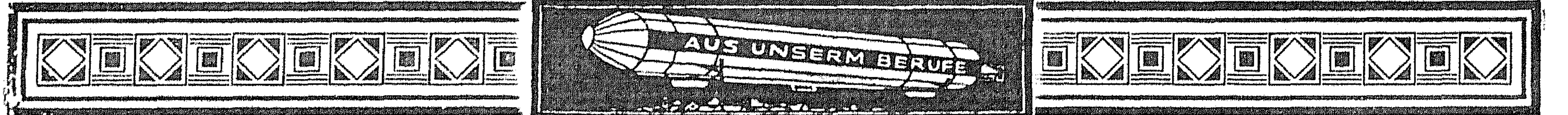
Die Verantwortung würde die Direktion zu tragen haben, weil sie die ganze Schuld an der Arbeiterverhöhnung trägt.

Daß der gelbe Fabrikverein der N. E. G. ein allzulanges Leben nicht haben wird, scheint der Direktion schon zum Bewußtsein gelangt zu sein. Ihre Anstrengungen, diesen hoch zu bringen, deuten dies in sehr bestimmter Weise bereits an. Ein altes Sprichwort sagt: Wenn Bier und Schnaps bei einer Sache anfangen, eine Rolle zu spielen, dann ist es um eine solche schon schlecht bestellt. Auch beim N. E. G. Fabrikverein hat es den Anschein, als wenn die Mitglieder durch Bier und Schnaps zusammengehalten werden sollen. Unsere Hauptaufgabe war es bisher, die Kollegen von der Schädlichkeit des Alkoholgenusses aufzuklären und sie zur Mäßigkeit anzuhalten. Aber wenn der Fabrikverein so weiter fährt, wie er bei seiner letzten Versammlung im Kriegervereinshaus begonnen hat, wo große

Quanten Alkohols verzapft worden sind, dann wird das Aufstehen von Mauerleichen nichts seltenes sein. Die Direktion sollte sich doch klar sein, daß solche Zustände auch für sie unhaltbar werden, dies umso mehr, da der Betrieb bei seiner Gefährlichkeit und Unfähigkeit klare und helfende Leute gebraucht. Will die Direktion den Arbeitern etwas zuwenden, dann kann sie dies doch ganz gut in Form einer Lohnaufbesserung tun, die bei der gegenwärtigen Lebensmittelerhöhung sehr am Plage sein würde und von der nicht nur der Bier- und Schnapslieferant, sondern die ganze Familie einen Vorteil haben. Nehmen wir an, die Direktion ist einsichtig und folgt unserem Rat. Um zum Schluss zu kommen, können wir das Gesagte in einem Resümee kurz zusammenfassen, und zwar:

Die Direktion hat ein Interesse an dem Bestehen der N. E. G. Fabrikvereine und glaubt, wenn solche erstarben, dann ein Gegengewicht bekommen zu haben, um das Groß von dem eingeschlagenen Wege, Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, abhalten zu können. Um zu ihrem Ziele zu gelangen, nimmt die Direktion jede Unterstützung an, die ihr, ganz gleich von welcher Seite, geboten wird. Der verwirklichte und berachteste Mensch, der keine Ideale

und solidarische Neigungen kennt, ist ihr der beste. Für Verleumdungen und Denunziationen hat die Direktion ein stets williges Ohr und wirft altgediente Arbeiter, ohne sie zu hören, brutal auf's Straßpflaster. Dies ist der Lebensgang der Gelben und den die Direktion mit vorbereiten sich bemüht. Für uns Arbeiter ist die durch die Gelben geschaffene Lage schwierig, aber nicht unüberwindbar. Veränderte Situationen erfordern veränderte Maßnahmen. Und so haben auch wir nach der bestehenden Situation unsere Maßnahmen zu treffen. Als erster Grundsatz gilt, die Reihen der Organisation so zu stärken, damit Raum für die Spielart der Gelben nicht vorhanden ist. Jeder organisierte Kollege sollte sich hierin vollständig im Klaren sein und dafür sorgen, daß Unorganisierte sich in seiner Nähe nicht aufhalten dürfen. Wenn solche dennoch vorhanden, versuchen, diese aufzuklären und sie auf die drohenden Gefahren aufmerksam machen. Ferner in allen Veranstaltungen und Versammlungen stets in Massen erscheinen, um damit der Direktion die Macht und die Geschlossenheit der Gesamtheit in wirksamer Weise zu demonstrieren. Vereinzelt sind die Arbeiter in der N. E. G. ihrer Direktion gegenüber schwach, aber geschlossen gleichen sie einem unbeflegbaren Mieser.



Arbeiterinnen

Der Streit der Zeitungsträgerinnen und Hilfsarbeiter in den bürgerlichen Zeitungen betrieben in Braunschweig. Anfang April d. J. sahen sich die bei der hiesigen bürgerlichen Presse tätigen Kollegen und Kolleginnen durch die fortgesetzte Verteuerung aller Lebensmittel genötigt, an ihre Prinzipale mit dem Ersuchen, ihre seit langem den Verhältnissen nicht mehr entsprechenden Löhne aufzubessern, heranzutreten. Sie taten dies, indem sie einen Tarifentwurf unterbreiteten, welcher eine kleine Erhöhung der Löhne der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen vorsah. Schon früher hatten die Prinzipale eine Erhöhung der Druckpreise vorgenommen, mit der Begründung, daß die Gehilfenslöhne eine bedeutende Steigerung erfahren hätten. Die Unternehmer haben es aber verstanden, nicht nur diese Steigerung auf das Publikum abzuwälzen, sondern auch noch einen ganz annehmbaren Gewinn für sich herauszuschlagen. Zunächst wurden die Spalten verkleinert, dann die Preise für Annoncen erhöht und außerdem die Abonnementspreise erhöht. Hierdurch wurde das zehnfache von dem, was die Gehilfen mehr bekamen, wieder eingebracht. Auf die Wünsche der Arbeiter einzugehen, lehnten die Unternehmer rundweg ab. Hierdurch waren die Hilfsarbeiter gezwungen, ihre Klindigung einzureichen. Dann wurde nochmals seitens der Organisationsleitung versucht, die Angelegenheit in Güte zu ordnen; doch alle Versuche scheiterten an der Starrköpfigkeit der Zeitungsmagnaten. In einer am 10. Mai stattgehabten Versammlung nahmen die Zeitungsträgerinnen zu dieser Bewegung Stellung und beschloßen, sich mit den Druckereihilfsarbeitern solidarisch zu erklären. Am 11. April legten die Zeitungsträgerinnen die Arbeit nieder und ließen den Geschäftsleitungen mitteilen, daß auch sie mit den bisherigen Löhnen nicht mehr einverstanden seien und den Deutschen Transportarbeiterverband mit der Wahrnehmung ihrer Interessen beauftragt hätten. Die Löhne der Trägerinnen betragen pro Exemplar und pro Monat 10 Pf. Der „Volksfreund“, unser Parteiorgan, bezahlt seinen Trägerinnen 17 Pf. Die Druckereihilfsarbeiter lehnten jede Erhöhung der Löhne ab und nur trotz der Kampfs seit dem 11. Mai und nimmt von Tag zu Tag schärfere Formen an. Schon hunderte von Abonnenten sind der bürgerlichen Presse durch diese Bewegung verloren gegangen. Aber auch als bedauerliche Tatsache muß berichtet werden, daß sich sogar Frauen von Parteigenossen den Unternehmern zum schimpflichen Verrat an ihren Massengenosinnen zur Verfügung gestellt haben. Ein Beweis dafür, daß ein Teil unserer Genossinnen noch nicht die Ueberzeugung besitzt, welche man von jedem Mitglied der Parteiorganisation voraussetzen sollte. Mit diesen Herrschaften werden sich noch andere Inflanzen befassen müssen. Die Streikenden sind guten Mutes und vertrauen dem Solidaritätsgefühl der nicht nur äußerlich organisierten Arbeiterschaft Braunschweigs und Umgebung ihre Sache an.

erhielten aber alle Führer eine polizeiliche Strafverfügung, weil sie ihre „unbespannten“ Fahrzeuge ohne polizeiliche Erlaubnis auf öffentlicher Straße aufgestellt hätten. Gegen diesen Strafbefehl legten vier der damit bedachten Chauffeure gerichtliche Einsprüche ein. Sie führten in ihrer Begründung aus, daß sie bei früheren Versammlungen in gleicher Weise ungehindert und unbestraft gehandelt hätten. Auch wiesen sie darauf hin, daß abends häufig noch weit mehr Führer mit Erlaubnis der Polizeibehörde stundenlang vor dem Konzerthaus ständen. Des ferneren bestritten sie, daß die Kraftdroschken als „unbespannte“ Fahrzeuge im Sinne der Straßenordnung anzusehen seien. Das Gericht verurteilt ihren Einspruch und beurteilt jeden der Angeklagten zu einer Geldstrafe von 2 Mk. oder 1 Tag Haft. In der Urteilsbegründung wird ausgeführt, daß die Straßenordnung zwar von dem Fortschritt der Technik überholt sei, daß aber die Kraftdroschken als unbespannte Fahrzeuge im Sinne der Straßenordnung behandelt werden müßten. — Es sei noch bemerkt, daß bei früheren Versammlungen die Polizeibehörde den Chauffeuren nie Schwierigkeiten bereitet hat. Sie glauben daher, daß ein Arbeitgeber aus Schikane, da es sich damals um eine Wohnbewegung gehandelt hat, die Anzeige bei der Polizeibehörde erstattet hat. Im Kampf gegen die Arbeitnehmer scheint den Arbeitgebern jedes Mittel recht zu sein.

Die Chauffeure werden sich bezüglich der Polizeibestimmungen gegen ein unbespanntes Fahrzeug zu helfen wissen. Sie werden in Zukunft einfach in solchen Fällen ihre Fahrzeuge auf den Hof ihrer Firma fahren. Dadurch werden sie den Herren Unternehmern die schädliche Denunziation gründlich eintränten.

München. Wie hier am Orte von den aufgestellten technischen Prüfungs-Ingenieuren den Kollegen ihre saueren Groschen abgetropft werden, zeigt nachstehender Fall. Dem Chauffeur Jos. Sitz aus München wurde vor ein paar Jahren wegen einem Unfall der Führerschein dauernd entzogen. Nachdem nun der Kollege ein paar Jahre brotlos gemacht war, richtete er an die Polizei ein Gesuch, ihm wenigstens den Lastautomobil-Führerschein auszustellen, welcher ihm auch gegeben wurde. Genannter Kollege begab sich nun zu dem technischen Ingenieur Professor Werts, um diesen zu fragen, wann er seine Prüfung machen könne. Dieser schickte den Kollegen zu dem geprüften Fahrlehrer Wendl, um sich von diesem das Befähigungsgesuch zu besorgen. Herr Wendl deutete dem Kollegen an, daß er nicht im Besitze eines Lastwagens sei, wenn der Kollege jemand habe, der ihm einen solchen zur Verfügung stelle, so solle er nur kommen, in einer halben Stunde ist alles vorbei, der Kostenpunkt sei 32 Mk. Der Kollege wurde daraufhin fröhlich und begab sich zu einem anderen, ihm bekannten Fahrlehrer, welcher ihm versprach, die Sache unentgeltlich zu machen. Jetzt kommen wir zu der Frage, warum denn eigentlich genannter Ingenieur gerade auf diesen Halsabschneider verwiesen hat? Unseres Erachtens hätte er doch sagen können, gehen Sie zu irgend einem Fahrlehrer usw., denn in München hat es an solchen wahrhaftig keine Not. Nun könnte uns schon eine Ahnung aufsteigen, daß genannter Ingenieur mit jenem Halsabschneider in näherer Verbindung stehen könnte, weil der Herr gerade auf Wendl hinwies. Für einen armen Teufel ist es aber ein teures Vergnügen, wenn er schon 32 Mk. für das Zeugnis bezahlen soll, während die technische Prüfung selbst 20 Mk. kostet und die ärztliche Untersuchung 3,50 Mk., so daß einem Chauffeur, der schon im Besitze eines Führerscheines war, die nochmalige Erlangung desselben 55,50 Mk. kosten würde. Darum heraus mit staatlicher Fahr- und Fachschule, damit derartigen Magnaten der Boden entzogen wird.

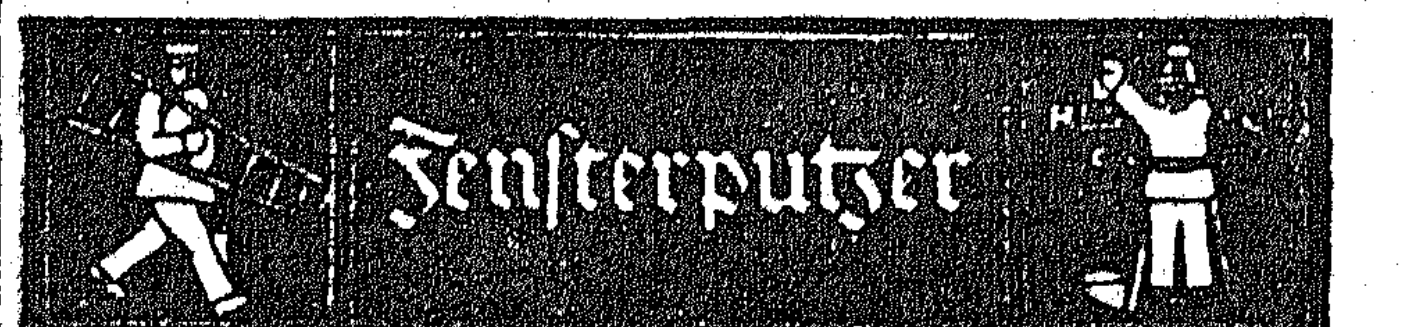
Ein anderer Fall. Der Chauffeur Rohmeyer fuhr im März von München nach Harlaching; am Retourweg verlagte ihn der Motor und der Kollege konnte ihn längere Zeit nicht in Gang bringen. Er rief deshalb seinen Arbeitskollegen telefonisch herbei und beiden gelang es, den Motor wieder flott zu machen. Sie probierten nun den Wagen auf einer freien Straße, während sie beide denselben abwechselnd lenkten, vergaßen aber, den Fahrpreisanzeiger einzuschalten. Dieses bemerkte ein Schrymann, und dienstfertig wie immer, brachte er

die Kollegen zur Anzeige, und E. Lobmeier erhielt ein Strafmandat von 6 Mk., gegen welches er prompt Verurteilung einlegte. Vor Gericht verteidigten sich die Kollegen damit, daß sie darin kein Vergehen erblickten, denn sie hätten in der Aufregung die Stellung des Anzeigers vergessen und von finanziellen Vorteilen könne keine Rede sein, auch wußten sie nicht, wer eigentlich im kritischen Moment den Wagen gelenkt habe, was auch der Schrymann nicht sagen konnte. Der Anwalt war der Ansicht, daß der für denselben Tag eingetragene Chauffeur haftbar gemacht werden könne und beantragte, es bei der Strafe zu belassen. Das Gericht war aber der Meinung, daß dem Kollegen ein Verschulden nicht nachgewiesen werden könne und erkannte auf Freisprechung.

Mürnberg. In Nürnberg antieren zwei Schutzleute, denen als ausschließliche Beschäftigung die Ueberwachung des gesamten Automobilverkehrs im Nürnberg zugewiesen ist. Die beiden Schutzleute sind mit Stoppuhren ausgerüstet und verschiedene Straßenstrecken in den verschiedensten Teilen der Stadt sind genau abgemessen worden, um Geschwindigkeitsmessungen vorzunehmen. Selbstverständlich sind hierdurch schon viele Kutter zur Strecke gebracht worden, und die Anzeigen wegen Uebertretungen der erlaubten Geschwindigkeiten häufen sich. Es werden daher alle fremden und heimischen Kutter gewarnt, in Nürnberg auf ihre Fahrgeschwindigkeit zu achten, die innerhalb der Ringmauern 15 Kilometer und außerhalb 20 Kilometer betragen darf.

Streik der Chauffeure in Nürnberg. Die bei den Autodroschkenbesitzern in Nürnberg beschäftigten Chauffeure haben kürzlich Tarifforderungen eingereicht. Da die der Autovereinigung angeschlossenen Besitzer jedes Zugeständnis und jede Verhandlung überhaupt ablehnten, haben die Chauffeure einmütig die Arbeit niedergelegt.

Streik der Chauffeure in Kristiania. Die Automobilfahrer fordern anstatt 1 Krone pro Tag und 10 pCt. der Bruttoeinnahme einen Wochenlohn von 7 Kr. und 15 pCt. Ferner fordern sie eine Regulierung der Arbeitszeit und Sommerferien. Die Arbeitgeber lehnen eine Lohnerhöhung, so lange die gegenwärtigen Lagen bestehen, und jede Verhandlung ab. Darauf traten die Chauffeure am 15. Mai in den Ausstand.



Chemnitz. Ein welterschütterndes Ereignis hat sich am 12. Mai anhero zugetragen! — An bestem Tage wurde die 19. (neunzehnte) Bauerversammlung des Reinigungs-„Unternehmer-Verbandes“ Deutschlands (Bau Königreich Sachsen und Thüringen, in den gastlichen Mauern hiesiger Stadt abgehalten).

Von den 84 Mitgliedern, (mehr sind beim besten Willen in dem Bezirk nicht aufzutreiben) waren rund und nett 1 Duzend erschienen. Außerdem durften 8 Gäste teilnehmen. Sowie Delegierte, sowie Tagesordnungspunkte waren zu erledigen. Und zwar: 1. Rückblick über das letzte Geschäftsjahr; 2. Wahl der Rechnungsprüfungskommission; 3. Mitgliederaufnahme; 4. Kassenbericht und Bericht der Rechnungsprüfungskommission; 5. Bericht der Ortsgruppe Dresden; 6. Bericht der Ortsgruppe Leipzig; 7. Neuwahl des Vorstandes; 8. Anträge zum Verbandstage in Hamburg; 9. Delegiertenwahl zum Verbandstage in Hamburg; 10. Verbandsangelegenheiten. 11. Verschiedenes; 12. Verschiedenes.

Zu Punkt 1 wurde mit einem nassen und einem trocknen Auge über den 8 1/2 wöchigen Streik in Dresden berichtet. Wenn der Streik zu ungunsten der Unternehmer verlaufen wäre, so orakelte Herr Feldmann, so hätte ihn das 18 000 Mark gekostet. Ein Unternehmer hat ausgeschlossen werden müssen, weil er sich angeblich als Späher des Transportarbeiter-Verbandes erwiesen habe. So der Rückblick. Punkt 2 und 3 waren im Handumdrehen erledigt. Zum Kassenbericht wurde mitgeteilt, daß sich Einnahme mit Ausgabe deckte, und daß schließlich immer noch 500 Stücker

Automobilfahrer

Hamburg. Eine Versammlung der Kraftdroschkenfahrer fand am 13. März statt. Diese Versammlung befaßte sich mit denjenigen Führern, die sich im Dienst befinden. Sie stellten ihre Kraftdroschken auf dem Holstenplatz zwischen den Kohlhöfen und dem Holstenwall auf und postierten bei den Kraftdroschken zwei Wächter. Trotzdem sich an dieser Stelle circa fünfzig Kraftdroschken ansammelten, wurde der Verkehr, wie selbst das Gericht anerkennt, in nur geringem Maße gestört. Auf Grund des §. 31 V der Straßenordnung

20 (Sowohl Geld giebt's ja garnicht. Der Seher-
lehrling) Klassenbestand vorhanden sind. Zu Bericht
"Dresden" wurde bekanntgegeben, daß dort noch 4 ganze
Mitglieder zu verzeichnen sind; Herr Pfau Leipzig berichtete,
daß er von dort nichts zu berichten habe, als daß drei
Mitglieder ausgetreten sind. Die Vorstandswahl zeitigte
folgendes Ergebnis: Sattler-Leipzig 1. Vorsitzender, Feld-
mann-Dresden 2. Vorsitzender, Bietke 1. Kassenwart,
Krafft 2. Kassenwart, Pfau 1. Schriftführer, Böttcher
2. Schriftführer.

Anträge zum Verbandstage wurden keine gestellt.
Als Delegierter wurde Hertsch-Leipzig gewählt. Unter
Verbandsangelegenheiten suchten sich die Herren gegen
"unerfüllbare Wünsche" der Arbeiter, und das angeblich
dadurch bedingte Hinausschrauben der Preise scharfzumachen.
In dieser Scharfmacherpose gefielen sich die Verneinung
scheinbar am besten. Nur wurde sie etwas herabgestimmt,
daß der Bundesrat es abgelehnt habe, ihrem Gewerbe
handwerksmäßigen Charakter zu erteilen.

Dann beklagte sich Herr Krejtz bitter über Herrn
Bietke, der ihm immer die eingerichteten Leute wegwapere
und daß er auf diese Weise dazu beitrage, daß die Löhne
gestiegen werden. Mit dem nächsten Gantag soll Erfurt
beglückt werden. Unter Verschiedenes gab's Suppe, Schleie,
Lende und Spargel. Damit hatte diese wichtige Tagung
ihr Ende erreicht, und die Herren, die zwölf Tagesord-
nungspunkte in noch nicht drei Stunden mit solcher Gründ-
lichkeit erledigt hatten (da giebt's gar nichts zu lachen)
verließen mit Stolz geschwängelter Brust und im Bewußt-
sein ihrer Unerfahrenheit den Kreis ihres Wirkens, um sich
zu neuen Taten zu rüsten.



Berlin. Am Dienstag, den 7. Mai fand eine
Versammlung der gewerblichen Arbeiter der Kauf-
und Warenhäuser Berlins statt. Reichstagsabg. Kol-
lege Bender referierte über: "Die wirtschaftliche und
soziale Lage der Handelsarbeiter und die Sozialreform
im Handelsgewerbe". Er führte u. a. aus:

Durch die wirtschaftliche Entwicklung ist in der
Warenherzeugung der Kleinbetrieb fast vollständig vernich-
tet. Dadurch wird auch der Großbetrieb im Waren-
vertrieb bedingt. Trotzdem in den einzelnen Bundes-
staaten die verschiedensten Mittel, wie Erdröhlungs-
steuern usw. angewandt worden sind, um die Ent-
wicklung der Warenhäuser zu hemmen, sehen wir
überall ein unaufhaltbares Fortschreiten derselben.
Durch die Entwicklung des Großbetriebes ist das alte,
patriarchalische Arbeitsverhältnis gelöst. In den
Kauf- oder richtiger Kapitalstaaten sehen wir überall
eine neue Lohnsklaverei. Für die Angestellten der
Warenhäuser trifft dies besonders zu. Nach außen ist
wohl in den modernen Warenhauspalästen alles auf
das Glanzendste eingerichtet, aber hinter den Mauern
verbirgt sich ebenso viel Elend, wie in den Fabriken.
Das Jahr hat hier nicht 300, sondern vielmehr 365
Arbeitsstage. Die Arbeitszeit schwankt meist zwischen
12 bis 15 Stunden täglich, obwohl eine derartige
Arbeitsdauer gegen das Gesetz verstößt. Durch die
lange Arbeitszeit wird dem Arbeiter jede Gelegenheit,
sich weiter zu bilden, sowie richtigen Familienverfeh-
zu pflegen, genommen und die Gesundheit auf das
Schlimmste geschädigt. Der Unternehmer kennt keine
Mitleidlichkeit. Es sind Arbeitslose genügend da, die ihm
jederzeit den notwendigen Ersatz liefern. Obwohl alle
Preise gestiegen sind, ist doch der Preis für Menschen-
fleisch derselbe geblieben. Die Unfallstatistik beweist,
daß mit nichts so leichtfertig und frivol umgegangen
wird, als mit Menschenleben, trotzdem in jedem ein-
zelnen durch die Ausbildung und Erziehung ein
großes Kapital steckt. Wie aus der Unfallstatistik er-
sichtlich, werden durch Unfälle jährlich 9-10 000 Men-
schen getötet und eine bedeutend größere Zahl verletzt.
Wetter ist aber aus der Statistik ersichtlich, daß den
größten Teil der Unfälle die Berufe mit langen Ar-
beitszeiten aufweisen. Mit an erster Stelle steht die
Lagererwerbungsorganisation, zu der auch die Angestellten
der Warenhäuser gehören. Wenn die Ursache der
vielen Unfälle abgeschafft werden soll, ist dazu als
erstes die Verkürzung der Arbeitszeit notwendig. Jede
Stunde Arbeitszeitverkürzung ist ein Gewinn fürs Leben.

Auf die Lohnfrage eingehend, führte der Referent
dann aus, daß davon abhängig seien die Wohnver-
hältnisse, die Ernährung und Bekleidung. Von der
Wohnhöhe ist vor allem abhängig die Anteilnahme an
der Kultur. Mit den Löhnen, die in Berlin in den
Warenhäusern gezahlt werden, ist ein einigermaßen
anständiges Auskommen nicht möglich. Sie reichen
gerade nur aus, um die allerbesten Bedürfnisse
befriedigen zu können.

Die schlechten Verhältnisse haben die Gesetzgebung
benachlässigt einzugreifen. Der gesetzliche Schutz beschränkt
sich aber auf die Betriebe mit offenen Verkaufsstellen.
Außer der Regelung der Sonntagsruhe wurde der
Ruhepausen-Ladenschluß eingeführt und eine 11stündige
Ruhepause zwischen den einzelnen Arbeitsschichten, so-
wie eine Mittagspause von wenigstens 1 1/2 Stunden
gesetzlich festgelegt, so daß also die tägliche Höchst-
arbeitszeit 11 1/2 Stunden beträgt. Wenn trotzdem die
Arbeitszeit in den Betrieben höher ist, so kommt das
daher, daß unsere Arbeitgeber, trotzdem sie überall
als Patrioten gelten wollen, die Gesetze nur so weit
achten, als sie ihrem Profit dienen, dieselben aber
umgehen, sobald sie dem Profit hinderlich sind. Mit
der Ueberwachung der Schutzgesetze ist die Polizei be-
auftragt. Bei der Vielseitigkeit derselben ist auf eine
scharfere Kontrolle nicht zu rechnen. — Die Arbeiter-
schaft hat aber noch andere Forderungen an die Ge-
setzgebung zu stellen. Diese Forderungen sind auf
dem Kongreß der Handelsarbeiter 1906 formuliert

worden. Sie lauten: Gesetzliche Festlegung eines
Maximalarbeitstages von höchstens 9 Stunden täglich
für Erwachsene und 8 Stunden für Jugendliche, Re-
gelung der Pausen, Ladenschluß, Unfallversicherung
für das ganze Gewerbe, Abschaffung von Post und
Logis, volle Sonntagsruhe. — Nachdem in der
Zwischenzeit nichts geschehen, wurde bei der letzten
Reichstagsöffnung in der Thronrede ein Gesetzent-
wurf für das Handelsgewerbe versprochen. Bis jetzt
ist er nicht vorgelegt, scheint aber vorbereitet zu sein.
Nachdem was man aber bis jetzt über den materiellen
Inhalt gehört hat, ist der Entwurf das Papier nicht
wert, auf dem er geschrieben ist. Trotzdem scheint er
der Regierung noch zu weit zu gehen, denn sie hat
ihm dem deutschen Handelstag zur Begutachtung über-
wiesen. Der deutsche Handelstag ist eine der rick-
ständigsten Unternehmerorganisationen. Er hat sich
stets gegen alle Fortschritte gewehrt. Mit Recht müssen
sich die Angestellten über dieses Vorgehen der Regie-
rung beschweren. Die Regierung hätte die Pflicht, sich
bei denen zu informieren, für die das Gesetz bestimmt
ist. Aber die Regierung pfeift auf die Meinung der
Arbeiter! Sie will nur die Wirkung auf die Unter-
nehmer wissen, weil sie eben ein Knecht des Kapi-
tals ist.

Die Organisation der Unternehmer kann den
Handelsarbeitern als Vorbild dienen. Durch ihre Or-
ganisationen haben sich die Unternehmer Einfluß auf
die Regierung verschafft, während trotz der letzten Reichs-
tagswahlen die Arbeiter fast gar keinen Einfluß haben.

Schnaps!

Die Produktion von Spiritus ist ziemlich erheb-
lich zurückgegangen. Aber nach dem letzten Ausweis
stieg der Verbrauch von Trinkbranntwein wieder
ganz bedeutend. Steuererleichterungen und höhere
Abschlagspreise der Spirituszentrale reizen zu
Produktionssteigerungen. Zweifellos führen die
erhöhten Preise des Spiritus zu weiteren Ver-
schlechterungen der Güte des Branntweins oder
zu direkten Preisausschlägen. — Die Zinker
sollen den Junkern in gesteigertem Maße tribut-
pflichtig werden. Die strengste Beachtung des
Schnapsboykottes muß solche Pläne zunichte
machen. Wie sich in der Periode Oktober-März
der aufgeführten Jahre Trinkverbrauch und gewerb-
licher Verbrauch entwickelt haben, zeigt die folgende
Aufstellung:

	Produktion	Trinkverbrauch	Gewerb. Verbr.
	hl	hl	hl
1908/09 . . .	3 654 363	1 489 320	1 044 659
1909/10 . . .	3 128 601	1 045 349	1 182 153
1910/11 . . .	2 966 453	1 188 263	801 541
1911/12 . . .	2 671 501	1 215 348	910 993

Wägen die Junker den Fiskus selber kaufen.
Man denke nur daran, daß in jedem Groschen, den
man für Schnaps ausgibt, 9 Pfennige Steuern,
Profit der Schnapsbrenner und Händler stecken.

Wir können die Regierung nicht zwingen, mehr Frei-
heiten zu geben, aber hoffentlich gelingt es wenigstens,
weitere Anechtung zu verhindern. Die bisherigen Er-
folge sind durch unermüdliches Arbeiten der Organi-
sation mit Unterstützung der anderen Arbeiter errungen.
Wenn die Regierung versagt, muß auch jetzt wieder
die Organisation alle Kräfte an die Lösung der Frage
setzen. Ein Erfolg ist aber nur möglich, wenn eine
gute Organisation vorhanden ist. Hier bleibt aber
bei den Handelsarbeitern viel zu wünschen übrig.
Auch in der Stadt der Intelligenz Berlin fehlt es
noch an Aufklärung. Eine Reihe von Vereinen, die
hier existieren, bringen Zersplitterung in die Reihen
der Angestellten. Neben der Geschäftsbienervereinigung
existiert auch im Warenhausbetriebe die gelbe Sumpfs-
pflanze. Die letzteren sind lediglich zum Schutze der
Unternehmer da, zur Schande der Arbeiter und ihrer
selbst. Die Unternehmer haben keinen Respekt vor
berathigten Berathern. Sie werden nur geduldet, weil
sie notwendig gebraucht werden. Die Entwicklung der
Zeit wird auch über diese Leute hinweggehen. Wir
stehen in einer Zeit der sozialen Kämpfe. Die Er-
kenntnis der Arbeiter wächst mehr und mehr. Im
Augenblick, wo die Arbeiter den Willen haben, das
Joch abzuschütteln, haben sie auch die Macht dazu.
Das wissen die Unternehmer besser wie die Arbeiter,
deswegen ihre Opferwilligkeit für ihre Organisation
und ihr Eintreten für den Militarismus. Sie drängen
zur gewaltsamen Entschcheidung. Das Ziel der Unter-
nehmer ist die Vernichtung der Gewerkschaften. In
solch ernster Zeit darf keine Zersplitterung unter den
Angestellten sein. Der Transportarbeiterverband hat
sich hohe Ziele gesetzt. Er tritt ein für Verkürzung
der Arbeitszeit, für bessere Lohn- und Arbeitsverhält-
nisse. Die Entwicklung des Verbandes zeigt, daß es
auch bei uns vorwärts geht. Je schneller die Organi-
sationen wachsen, desto schneller wird die Entschlei-
dung kommen. Deswegen darf niemand zur Seite
stehen. Jeder einzelne muß mitarbeiten an dem gro-
ßen Ziel, eine Gesellschaft zu schaffen, ohne Not und
Nummer, ohne Zwang und Sklaverei. Jeder einzelne
muß den Willen zur Macht haben. Dem blutigen
gehört die Welt, dem Feigen die Fesseln.

In der Diskussion wurden die Arbeitsverhältnisse
einzelner Firmen geschildert als Beweis, wie traurig
es wirklich in den Warenhäusern aussieht. Bei der
Firma H. Herzog ist die Behandlung der Ange-
stellten eine vollständig kasernenmäßige. Die Arbeiter
nach Ladenschluß dehnen sich oft bis 12 Uhr aus.
Es kommt sogar vor, daß die betr. Arbeiter, die die
Abendpost zu erledigen haben, bis 2 und 3 Uhr
nachts arbeiten müssen. Auch durch das Mitnehmen

von Paketen nach Ladenschluß wird die Arbeitszeit
oft erheblich ausgedehnt. Für alle diese Arbeiten wird
nichts bezahlt. Die Zeit, welche nach 1/2 9 Uhr gear-
beitet wird, wird den Kollegen gut geschrieben und
in Abrechnung gebracht, wenn der Betreffende Urlaub
zur Erledigung irgend welcher Angelegenheiten braucht.
Diese gutgeschriebene Zeit wird aber oft durch einen
Herrn Mühl nach Willkür gekürzt. Auch in der Ueber-
wachung der organisierten Arbeiter leistet dieser hervor-
ragendes. Die Arbeiter rangieren hinter dem Vieh.
Sieht die Frau eines Kollegen ihrer Niederkunft ent-
gegen und muß der Betreffende Urlaub dazu haben,
so wird derselbe nur gewährt, wenn der Kollege ge-
nügend Gutzeit hat, oder es muß bei der nächsten
Gelegenheit die Zeit nachgearbeitet werden. Der erste
Prokurist nun beschäftigt sich nebenbei noch mit der
Sundezüchterei; dessen Hunde sind bei einzelnen Die-
ben in Pflege gegeben. Sieht eines dieser Tiere nun
einem freudigen Ereignis entgegen, so erhält der be-
treffende Diener ohne weiteres 6 Wochen Urlaub zur
Pflege der Tiere.

Auch im deutschen Offiziersverein beträgt die Ar-
beitszeit täglich 12 bis 16 Stunden. Nach Arbeits-
schluß muß jeder in der Expedition melden. Meistens
sind noch Pakete mitzunehmen, die oft in
ganz entgegengesetzter Richtung von der eigenen
Wohnung zu beforgen sind. Für Ueberstunden wird
keinerlei Bezahlung geleistet. Der Lohn schwankt
zwischen 18,— bis 29,— M. wöchentlich. Um den
Höchstlohn zu erhalten, muß man aber mindestens ein
halbes Menschenalter im Betriebe tätig sein. Bei
Krankheiten erfolgt meistens sofortige Entlassung. Auch
ältere Arbeiter werden entlassen. U. a. wurde ein
Barier entlassen, weil er den Wunsch äußerte, bei
17stündiger Arbeitszeit von der Versorgung der Ge-
hung während der Nacht entbunden zu werden.

Die Firma H. H o s e n h a i n hat ein besonderes
Auspuffsystem beim Mahlen des Geschäfts einge-
führt, um zu verhindern, daß die Diener sich etwas
aneignen können; das wurde auch erreicht. Es ist
aber vorgekommen, daß sich die Auspuffer desto mehr
die Taschen gefüllt haben. Der Packraum ist voll-
ständig polizeiwidrig. Ohne jedes Tageslicht hat er
ein einziges kleines Loch zur Lüftung. — Auch von
der Firma S. G e r s o n wurde berichtet, daß sie
sehr schlechte Löhne zahlt.

Bei der Firma W. B e r t h e i m bezeichnete sich
der jegliche Direktor in seiner Nutritzrede als beson-
ders gerechten und humanen Mann. Es scheint aber
damit nicht weit her zu sein. Bei einer kürzlich er-
folgten ungerechten Entlassung versprach er, die An-
gelegenheit zu untersuchen und Bescheid zu geben.
Jetzt nach vier Wochen ist aber Bescheid noch nicht zu
erhalten gewesen, trotzdem dem Herrn Direktor mit-
geteilt wurde, daß Herr Mühl, der die Entlassung
veranlaßt hatte, selbst wohl kaum auf seinen Posten
gehört. In diesem Jahr wurde auch der Urlaub
gekürzt. — Von der Firma H. B e r t h e i m wurden
von dem neuen Betrieb Königsstraße schwere Mißstände
mitgeteilt. Bei dem üblichen Mitnehmen der Pakete
nach Feierabend werden keine Ueberstunden bezahlt.
Bei der Zurückzahlung des ausgelagerten Fahrgeldes
werden Schwierigkeiten gemacht. In einem Kollegen
wurde von einer Aussicht das Anfinnen gestellt, der-
artige Kleinigkeiten überhaupt nicht von der Firma
zurückzuverlangen. Auf militärische Haltung wird
besonderer Wert gelegt. Auch die Reichsbruderei-
arbeiter werden hier wie in den anderen Betrieben
als Bader beschäftigt, wenn sie in der Reichsbruderei
Feierabend haben. Die Arbeitsräume der Sammel-
stelle sind nicht vorchriftsmäßig. Der Ausbildung des
Spitalsystems wird ausnehmend besondere Aufmerksam-
keit zugewandt. Der Oberdiener Kopp bemüht sich
hauptsächlich darum. Er scheint durch seine Beför-
derung für früher geleistete gute Dienste belohnt zu sein,
ebenso wie der jetzt im Hause als Hausinspektor
tätige Herr Meyer, der früher im Betriebe Leipziger-
straße als Bohner tätig war.

Auch die Verhältnisse bei der Firma S. L e h
sind sehr schlecht. Die Löhne gehören mit zu den
niedrigsten der Branche. Neben einer Anzahl von Be-
schwerden und Mißständen wurde zur Sprache gebracht,
daß für 350 Diener nur zwei Toiletten existieren.
Von verschiedenen Mednern wurden die einzelnen
Ausführungen noch ergänzt. Die Diskussion zeigt
klar, daß nur durch eine starke Organisation die Ver-
hältnisse gebessert werden können. Eine im Sinne
des Referats gehaltene Resolution wurde einstimmig
angenommen.

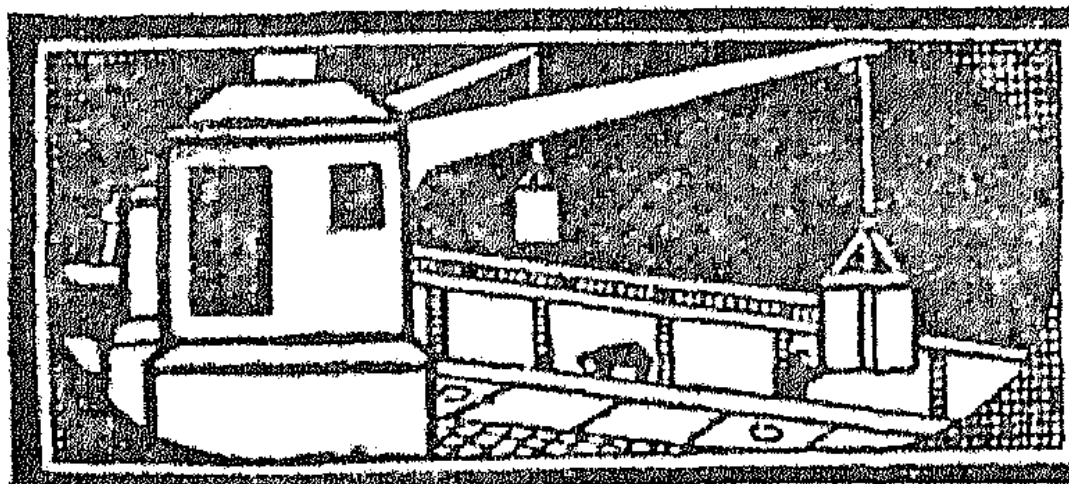
Einführung des Sechshr-Geschäftsschlusses.
Der Verband deutscher Damen- und Mädchenmü-
fabrikanten, e. V., hat in seiner letzten Sitzung des
geschäftsführenden Ausschusses unter der Leitung seines
Vorsitzenden, Kommerzienrat Hermann Bamberg, be-
schlossen, seinen Mitgliedern, wie in den Vorjahren,
für die Zeit vom 28. Mai bis zum 15. August die
Einführung des Sechshr-Geschäftsschlusses, mit dem
man gute Erfahrungen gemacht hat, vorzuschlagen. —
Gleichzeitig soll bei den Mitgliedern des Verbandes
während der gleichen Zeitdauer Sonnabends der Ge-
schäftsschluß um 2 Uhr stattfinden. Damit ist ein
erster Schritt auf dem Wege zur Einführung des eng-
lischen Wochenendes auch bei uns in Deutschland
gemacht.

Ferlohn. Einen schönen Erfolg erzielten hier
die Hausdiener bei der Firma Wasse u. Uergmann,
welche sich dem Verbands angegeschlossen haben. Durch
die Ortsverwaltung wurde der Firma ein Tarifver-
trag vorgelegt und bis zum 15. Mai Antwort erbeten.
Dieselbe blieb allerdings aus, dafür wurden aber das
Morgens am gedachten Tage die Hausdiener zu dem
Firmeninhaber gerufen und gefragt, ob sie organi-
siert wären. Als die Frage bis auf einen besagt
wurde, erklärte sich der Inhaber bereit, eine Lohn-
zulage von 3,75 M. pro Woche zu zahlen. Leider
waren unsere Kollegen durch das sofortige Entgegen-

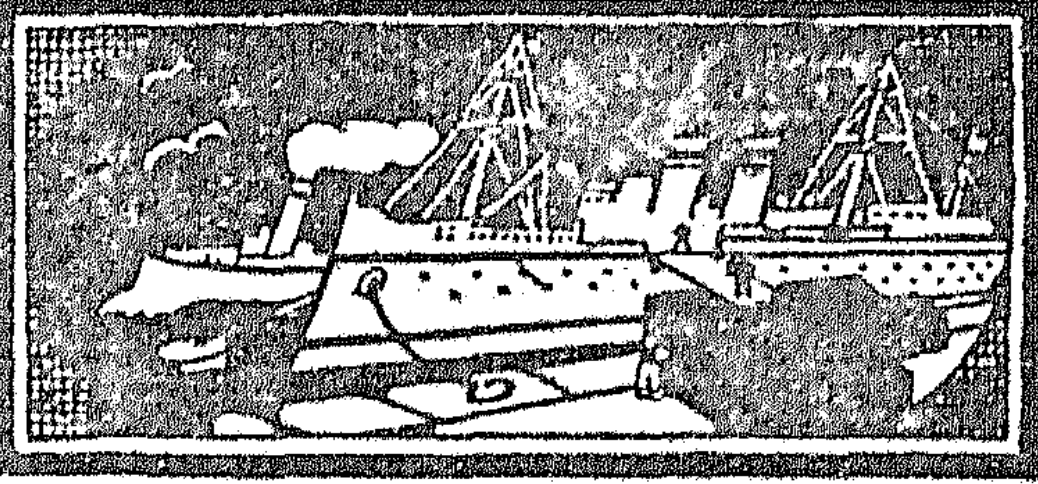
Kommen so überrascht, daß sie die anderen Forderungen ganz vergaßen und sich sofort mit der Zulage einverstanden und zufrieden erklärten. Der Inhaber gab den Kollegen den guten Rat, doch aus dem Verbande auszutreten. Für unseren Gauleiter, welcher

darauf vorstellig wurde, war es leider nicht möglich, mehr herauszuholen, weil sich eben die Kollegen zufrieden erklärt hatten. Aber durch die Ausprobe hatte der Inhaber sich soweit bekehren lassen, daß er die Organisation der Hausdiener anerkannte. An den

Kollegen liegt es nun, das Errungene festzuhalten und dem Verbands die gesamten Hausdiener Löhne zuzuführen, dann werden wir auch in der Lage sein, im nächsten Jahre allgemein unsere Forderungen durchzuführen.



Hafenarbeiter



Danzig. Ueber den Hafen von Danzig-Meußwasser werden hauptsächlich Massengüter wie Holz, Zucker, Getreide u. a. m. ausgeführt. Die Hafenarbeiter zu organisieren, war Aufgabe des früheren Hafenarbeiterverbandes schon in den neunziger Jahren. Als der Meeresstreik 1893-97 in Hamburg ausbrach, fanden sich auch in Danzig Kollegen, welche den Grundstein zur Organisation in Danzig-Meußwasser legten. Von da ab bestand mit Unterbrechung die Organisation der Hafenarbeiter. Die Hauptaufgabe der neuen Organisation war auf die Beseitigung der vielen Mißstände gerichtet. Daß dies dem Unternehmertum nicht angenehm war, erklärt sich von selbst. Die Führer der jungen Organisation wurden gemahregelt und so ihrer Existenz beraubt. Die Danziger Polizei witterte auch allerlei staatsgefährliche Antriebe in der jungen Organisation und versuchte mit allen Mitteln die Organisation in ihrer Entwicklung zu hemmen. Das führte dazu, daß die Führer des Verbandes den Staub Danzigs von ihren Füßen schüttelten und in anderen Städten Arbeit suchten. Kurze Zeit darauf ging die Organisation in Trümmern und es gab in Danzig bis zum Jahre 1899 keine Hafenarbeiterorganisation. Mittlerweile waren die Verhältnisse so schlecht geworden, daß der Organisationsgedanke wieder geweckt wurde. Da inzwischen die Beiträge in der Zentralorganisation erhöht waren und die Kollegen sich wegen ihres langen Verdienstes sträubten, solche zu bezahlen, wurde eine lokale Organisation — der Fachverein der Hafenarbeiter von Danzig-Meußwasser und Umgegend — gegründet. Bereits im Jahre 1900 war der Fachverein so erkrankt, daß ein 12tägiger Streik mit vollem Erfolge für die Kollegen durchgeführt werden konnte. Die Arbeiter waren sich aber einig, daß die Unternehmer diese Ueberraschungstaktik des Lokalvereins begünstigen und Gegenmaßnahmen ergreifen würden. So wurde einstimmig beschlossen, den Anschluß an den Hafenarbeiterverband zu vollziehen, was im Februar 1901 geschah. Wie notwendig dieser Anschluß war, bewies die Kündigung, welche uns im März 1911 zuzuging. Nunmehr konnten wir schon unter dem Zentralsverband den Abwehrkampf führen. Nach zehntägigem Streik kam ein Tarifvertrag mit zweijähriger Gültigkeit zustande. Nach Ablauf dieser Zeit wurde uns der Tarif wieder gekündigt. Es wurde dann verlangt, daß die Hafenarbeiter entweder Akkorbarbeit annehmen oder sich eine Neubezugung des Tagelohnes von 5 Mk. auf 4,50 Mk. gefallen lassen sollten. Dies Verlangen führte zum Streik, der nach 8 Wochen verloren ging. Da man als wurde eine „christliche“ Organisation gegründet und mit dieser schlossen die Arbeitgeber Danzigs einen Vertrag.

Wir wollen hier die Mache der Sieger nicht aufzählen und die Vorkommnisse nicht schildern, unter welche unsere Kollegen zu leben und zu leiden hatten. Die Organisation ging zurück, mußte zurückgehen, weil einige Unternehmer es sich zur Aufgabe gemacht hatten, nur Leute zu beschäftigen, welche entweder der christlichen oder gar keiner Organisation angehörten. Hinzu kam noch, daß der Leiter der Danziger Hafenarbeiterbewegung, der Kollege Schiforr, als „Streikverbrecher“ 4 1/2 Monate in Untersuchungshaft gezogen wurde, und als er dann freigesprochen wurde, bestand die ganze Organisation noch aus sieben Mann. Lange konnten wir nicht dazu kommen, etwas für die Kollegen zu unternehmen. Es stand uns kein Lokal zur Verfügung, wo die Kollegen zusammenkommen konnten, und ähnliche Unannehmlichkeiten blühten uns mehr. Hinzu kam, daß der „christliche“ Verband mit Erfolg Agitation betrieb.

So vergingen in angestrengter Agitationsstätigkeit die Jahre von 1903 bis jetzt. Erst am Ende des Jahres 1911 konnten wir daran denken, die Vorarbeiten zu machen, für die Kollegen etwas herauszuholen. Wir traten im März 1912 mit der „christlichen“ Organisation in Verbindung und wurden dann gemeinschaftlich die Lohnforderungen stipuliert und schließlich den Arbeitgebern eingereicht. Dies war den Arbeitgebern natürlich nicht Recht. Gegen die christliche Organisation hatten sie gar nichts einzuwenden, und mit dieser wollten sie in Verbindung treten, aber mit uns wollte man nichts zu tun haben. Erst das Verlangen der Hafenarbeiter bei der Nichtung, daß der Deutsche Transportarbeiter-Verband unter allen Umständen an den Verhandlungen teilnehmen sollte, andernfalls der christliche Sekretär sich auch nicht daran beteiligen dürfe, veranlaßte die Arbeitgeber, sich mit dem Hafenbetriebsverein in Hamburg in Verbindung zu setzen, und dieser hat dann ganz vorsetzt, daß auch mit dem Deutschen Transportarbeiterverband verhandelt werden — könne.

Die Einigkeit der Arbeiter hat einen Eindruck auf die Arbeitgeber gemacht, sonst hätten sie sich nicht bereit erklärt, mit den Arbeitervertretern zu verhandeln. Anfangs schien es so, als wenn wir ohne Streik nicht abkommen würden. Einmal dauerten die Verhandlungen etwas zu lange, und das andere Mal waren Leute tätig, welche glaubten, unter allen Umständen

zum Streit reizen zu müssen. Für uns hieß es aber zu zeigen, daß wir nicht nur um des Streiks Willen im Streit treten; wir wollten den Arbeitgebern zeigen, daß auch wir eine Einigung auf friedlichem Wege vorziehen und dieses erreichen wollten. Und die Kollegen ließen sich von uns eben leiten und erkannten unsere Mühe auch an. So kam es zum Tarifabschluß. Gewiß hat dieser Tarif nicht alles gebracht, was die Kollegen erhofft. Aber immerhin sind Vorteile errungen, auf friedlichem Wege, wie sie selten anderen Arbeitergruppen — auch bei einem Streik — zu teil werden. Das wichtigste ist die Sicherung des Lohnes. So wird jetzt 5,30 Mk. pro Tag bei gewöhnlicher Arbeit bezahlt; bei schwerer Arbeit 6,— Mk. Jeder angefangene halbe Tag wird als voller halber Tag bezahlt. Jede angefangene Ueberstunde wird als voll bezahlt. Für die Ueberstunden bis 8 Uhr abends werden 75 Pfg. und für die Nachstunden von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens 1,— Mk. gezahlt. Die Ueberstunden an Sonn- und Festtagen werden mit 1,25 Mk. bezahlt. Geschirr heranzu- und fortzuschaffen wird als Arbeitszeit gerechnet und demgemäß bezahlt. Dasselbe bei Auf- und Zukufen. In den Vorabenden der großen Festtage wird um 4 Uhr Feierabend gemacht unter Fortzahlung des vollen Lohnes. Die beim Holzladen auf dem Wasser beschäftigten Arbeiter erhalten 50 Pfg. pro Tag extra, sogenanntes Sitefalgeld. Müssen die Kollegen Fahrgelegenheit benutzen, um zum Schiff zu gelangen, dann wird ihnen dies täglich bis zur Höhe von 40 Pfg. ersetzt. Den Lohn erhalten die Arbeiter beim Vormittagsverrichten, am Mittag- und beim Nachmittagsverrichten am Abend. Es darf ihnen aber nicht mehr in Scheinen ausbezahlt werden. Die Mittagspause wird, wenn gearbeitet werden soll, mit 1,— Mk., die Frühstückspause mit 50 Pfg. und die Vesperpause mit 75 Pfg. bezahlt. — Alles in allem: es sind stabile Verhältnisse für die Kollegen geschaffen. Der Tarif gilt bis zum 1. Oktober 1914.

Nun Kollegen in Danzig-Meußwasser wird es an Euch liegen, durch die Organisation nicht nur das zu halten, sondern weiter zu bauen. Bauen an der Organisation. Mithilfe alle Säumigen auf, damit wir jederzeit geschlossen dastehen. Dann werden wir uns nach Ablauf dieses Tarifes das holen, was jetzt nicht erreicht worden ist. Also vorwärts immer und rückwärts nimmer sei Eure Parole!

Hamburg I. Die Beendigung der Lohnbewegung der Ewerführer und Deckschutenshiffen. In einer äußerst stark besuchten Versammlung, die bei Hans, Wefenbinderhof, stattfand, nahmen am Donnerstag vormittag die Ewerführer und Deckschutenshiffen Stellung zu dem verbesserten Angebot der Wase. Nach den neuen Vereinbarungen, über die Schloef berichtete, ist die strikte neue Lohnklasse für ungelente Arbeiter von 18 bis 21 Jahren, die pro Tag 30 Pfg. weniger erhalten sollten, als die eigentlichen Ewerführertageelöhner, beseitigt. Die Zahlung von Mittagsgeld ist auf die Arbeiter diesseits der Elbe, jenseits „Lexter Keller“, Blaue Brücke, Motenburgsort (Hafengrenze), Brücke bei den Auswandererhallen, Lintelbische Landesgrenze, einschließlich Koplenhafen, Neumühlenterrai, sowie an der Mitter und den Kanälen ausgedehnt. An den Fabriken soll die Mittagspause sich richten nach der in den betreffenden Betrieben üblichen; geht dabei eine halbe Stunde verloren, so wird sie mit 25 Pfg. vergütet. Die Bezahlung für Decken, Dampfen, Verholen und Bergen nach 6 Uhr abends soll betragen von 6 bis 7 Uhr 60 Pfg., 6 bis 7 1/2 Uhr 90 Pfg., 6 bis 8 Uhr 1,20 Mk., 6 bis 8 1/2 Uhr 1,60 Mk., 6 bis 9 Uhr 2 Mk., 6 bis 10 Uhr 2,70 Mk., 6 bis 11 Uhr 3,50 Mk., 6 bis 12 Uhr 4,50 Mk., 6 bis 1 Uhr 6 Mk. und 6 bis 4 Uhr 8 Mk. Für das Verlegen voller oder leerer Fahrzeuge während der Nacht oder Sonntags wird die Mindestvergütung von 1,20 Mk. auf 2 Mk. erhöht. Endlich ist eine einheitliche Regelung der Bezahlung und Personalfeststellung bei Massengütern erfolgt in Form eines Sondertarifs, welcher folgende Bestimmungen vorsieht: Vergütung beim Einnehmen von Sackgut ab Schiff oder Rat: Mit zwei Mann erhält jeder Mann bei 100—110 Tons 1 Mk. mehr, bei 111—120 Tons 1,25 Mk., bei 121—130 Tons 1,50 Mk., bei 131—140 Tons 1,75 Mk., bei 141—150 Tons 2 Mk. und bei 151—160 Tons 2,25 Mk. mehr. Mit drei Mann erhält jeder Mann bei 150—160 Tons 1 Mk. mehr, bei 161—170 Tons 1,15 Mk., bei 171—180 Tons 1,30 Mk., bei 181—190 Tons 1,45 Mk., bei 191—200 Tons 1,60 Mk. und bei 201—210 Tons 1,75 Mk. mehr. Dieser Zuschlag wird nur demjenigen Gang gezahlt, welcher das jeweilig vorbenannte Quantum in der Zeit von morgens 6 Uhr bis abends 9 Uhr geschafft hat. Es bleibt jedoch dem Arbeitgeber überlassen, ob er zwei oder drei Mann pro Gang stellen will. Der Tarif soll bis 1. Juli 1915 Geltung haben und tritt bereits am 1. Juni dieses Jahres in Kraft, obwohl der alte Tarif bis 1. Juli Geltung hatte. Die gleichen Bestimmungen sind in den Tarif für die Deckschuten-

schiffer aufgenommen. Der so veränderte Tarif bietet gegenüber dem bisherigen folgende Verbesserungen: Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde ab 1. Mai 1913 analog den mit den Schauerleuten getroffenen Vereinbarungen. Generelle Lohnzulage von 50 Pfg. pro Tag, Erweiterung der Mittagsgeldzahlung, wie oben angegeben, Erhöhung des Mittagsgeldes von 75 Pfg. auf 1 Mk., einheitliche Bezahlung der Nacharbeit bis 10 Uhr mit 50 Pfg. pro halbe Stunde, mit 1 Mk. pro Stunde nach 10 Uhr abends, was im Höchsfalle eine Erhöhung um 5 Mk. pro Nacht ausmachen wird, Erhöhung der Bezahlung für Früharbeitsstunden von 75 Pfg. auf 1 Mk., Bezahlung für Decken, Dampfen, Verholen und Bergen nach 6 Uhr abends bis 9 Uhr abends nach halber Stunde, nach 9 Uhr nach Stunden, wobei im Höchsfalle eine Erhöhung um 1 Mk. eintritt, während im Mindestfalle 60 Pfg. statt bisher 50 Pfg. vergütet werden. Für diese Arbeiten beträgt der Frühstundenlohn 75 Pfg. Erhöhung der Bezahlung für das Verlegen von 1,20 Mk. auf 2 Mk., der Vergütung für Sonn- und Festtagsarbeiten für den ganzen Tag von 8 Mk. auf 9 Mk., Feierabend am Weihnachtsabend um 4 Uhr, eventuell Bezahlung weiterer Stunden nach dem Ueberstundenlohn, was bisher nicht bestand. Endlich der Sondertarif für Massengüter, der wesentliche materielle Vorteile bietet, insofern er nunmehr generell für alle Betriebe eingeführt ist. — Der Referent empfahl die Annahme des neuen Angebotes.

In der sehr sachlichen und gründlichen Debatte sprachen acht Redner teils für, teils gegen die Annahme der Vorschläge, worauf die schriftliche Abstimmung, getrennt für Ewerführer und Deckschutenshiffen, erfolgte. Bei den Ewerführern stimmten 778 für und 46 gegen die Vorschläge, 7 Zettel waren ungültig; bei den Deckschutenshiffen stimmten 396 für und 23 gegen, 8 Zettel waren ungültig. Damit ist auch die Lohnbewegung der Ewerführer und Deckschutenshiffen zum Abschluß gebracht.

Hamburg I. — Regelung des neuen Lohntarifs für Schauerleute. Nachdem am 1. Mai der neue Lohnlohn für die Stauerbetriebe in Kraft getreten ist, haben sich gleich am ersten Tage Differenzen bezüglich der Bezahlung der besonderen Artikel ergeben. Trotzdem die Schauerleute den ganzen Tag in diesem Sonderartikel gearbeitet, haben die Stauer nur eine Bezahlung für sieben bis acht Stunden herausgerechnet. Dieses entspricht durchaus nicht den Abmachungen, wie sie bei der Tarifverhandlung getroffen sind. Für die Schauerleute bedeutet diese Bezahlung eine wesentliche Verschlechterung gegenüber dem alten Tarif. Es sind im ganzen sieben der größten Betriebe, die nicht ordnungsmäßig bezahlt. Nachträglich haben drei dieser Firmen nachbezahlt. Von seiten der Organisationsleitung ist eine Sitzung der Beschwerdef Kommission gewünscht worden, der auch der Hafenbetriebsverein zustimmte. Die Beschwerdef Kommission hat auch getagt und es ist den Stauerbetrieben folgendes Schreiben vom Hafenbetriebsverein zugestellt worden:

„Nach dem neuen am 1. Mai in Kraft getretenen Lohnlohn für den Stauerbetrieb ist der Zuschlag für Extra-Artikel pro vollgearbeitete Stunde zu berechnen. Diese sehr ungenau gefasste Bestimmung wird in der Praxis verschieden angewendet und hat sogar zu der Auffassung geführt, daß nur für die vollen Kalenderstunden der Extra-lohn zu bezahlen ist, woraus Differenzen zwischen Betrieben und Arbeitern entstanden sind. Die Beschwerdef Kommission, die jetzt auch solche Streitigkeiten entscheidet, hat auf Grund der Absichten, die bei der Feststellung der fraglichen Tarifbestimmungen maßgebend waren, in ihrer Sitzung folgende Erklärung beschlossen:

Wenn Schauerleute während des ganzen Tages in Extra-Artikeln gearbeitet haben, steht ihnen ein Extralohn von 80 Pfg., wenn sie einen vollen halben Tag in Extra-Artikeln gearbeitet haben, ein solcher von 40 Pfg. zu.

Im übrigen wird bei ununterbrochener oder nur durch die tarifmäßigen Warten unterbrochener Arbeit in Extra-Artikeln die Arbeitszeit zusammen gerechnet, und pro 60 Minuten werden 8 Pfg. Zuschlag bezahlt. Hierbei macht es keinen Unterschied, ob es sich um denselben oder um verschiedene Artikel handelt.“ Wir bitten die Stauerbetriebe, bei Berechnung der Extralöhne sich nach dieser Erklärung richten zu wollen.

Hochachtungsvoll
Hafenbetriebsverein in Hamburg G. V.
Dr. Sager.

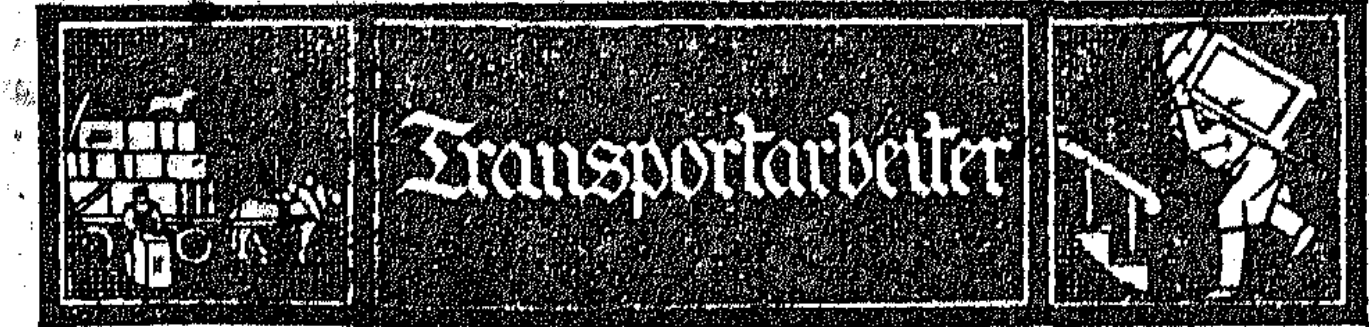
In dieser Angelegenheit tagte am Donnerstag im Gewerkschaftshaus im großen oberen Saale eine Mitgliederversammlung der Schauerleute, die sehr stark besucht war, so daß Saal und Wandelhalle dicht besetzt waren. Nachdem Marpinski die Auslegung des neuen Lohnlohn erklärte, fand die von der Beschwerdef Kommission festgelegte Bestimmung die Zustimmung der Versammelten.

Zur Lohnbewegung der Hafenarbeiter in Hamburg. Für die Hafen-, Lagerhaus- und Kohlenarbeiter in Hamburg ist ein Lohnvertrag endgültig abgeschlossen. In den Verhandlungen, die am 11. Mai begannen, nahmen für den Hafenbetriebsverein die Herren Dr. Hager und Brandt sowie sämtliche Arbeitgeber teil, für die Arbeiter die Hauptidee des Transportarbeiterverbandes und die Ortsverwaltung Hamburg. Während die allgemeinen Erörterungen in der ersten Sitzung erledigt werden konnten, nahmen die Spezialverhandlungen fast eine ganze Woche in Anspruch. Das ist auf den Umstand zurückzuführen, daß im allgemeinen die Arbeit vorherrschte, und der Allortarif Hunderte von Positionen umfaßt. Es gelang jedoch zu einer Verständigung zu kommen, wobei besonders in den Allortarifen eine ganze Anzahl Verbesserungen erzielt werden konnten. Diese im einzelnen aufzuführen, ist aus räumlichen Gründen unmöglich, es genügt, festzustellen, daß nicht nur eine Reihe neuer Positionen geschaffen sind, die eine bessere Bezahlung gewährleisten, sondern daß auch viele bestehende Positionen zum Teil erheblich, bis zu 33 pCt. erhöht sind. Was den Zeitlohn anlangt, so sind die Sätze für Seeschiffe gemäß den Hamburger Beschlüssen auf 5,20 Mk., 5,30 Mk. und 5,40 Mk. erhöht gegen bisher 5,— Mk. Für Landarbeit und Lagerhausarbeit einheitlich auf 5,— Mk. statt bisher 4,20 Mk. bzw. 4,50 Mk. Die Zahl der Artikel, für die ein Gehalt von 8 Pf. pro Stunde gewährt wird, ist vermehrt, der Gehalt erhöht worden. Wesentlich günstiger geregelt ist ferner die Bezahlung der Nacht-, Sonn- und Festtagsarbeit besonders am Lande und auf den Lagerhäusern. Alles in allem ist es gelungen, an materiellen Zugeständnissen recht bedeutendes zu erreichen. Bei dieser Gelegenheit darf nicht unterlassen werden, zu konstatieren, daß den Unternehmern Schwierigkeiten im eigenen Lager erwachsen, die den Umständen bösen ihnen den oft gehörten Vorwurf, die Arbeiterorganisationen hätten „ihre Leute nicht im Zügel“ zurückzuweisen. Die Firmen Helms und besonders Stinnes glauben nämlich, aus der Reihe tanzen zu können, erstere auf Verweisung auf einen mit dem Fabrikarbeiterverband abgeschlossenen Tarif, letztere ohne besonderen Grund als „Herr im Hause“. Stinnes erklärt einfach die Beschlüsse des Hafenbetriebsvereins als für ihn unverbindlich, und zwar in recht drastischen Worten. Die Arbeiter legten deshalb bereits die Arbeit nieder, nahmen sie aber wegen der schwebenden Verhandlungen auf Veranlassung des Verbandes wieder auf. Diese Extratouren wurden in der Verhandlung zur Sprache gebracht. Es wurde dann erreicht, daß Helms den beschlossenen Tagelohn und die Ueberstundenätze sofort anerkennt, daß die neuen Allortarife aber erst mit dem 15. Dezember cr. an Stelle des bisherigen unmodernen Allortarifs der Firma treten, während es im Falle Stinnes Sache des Hafenbetriebsvereins sein wird, sein Mitglied zur Einhaltung des Tarifs anzuhalten. Es ist freilich in diesem Falle nicht ausgeschlossen, daß die Firma dem Hafenbetriebsverein den Rücken kehrt. Die Firmen hatten verlangt, daß die bei ihnen üblichen Sätze in dem Tarif aufgenommen würden. Dagegen sträubten die Arbeitervertreter sich mit Recht.



Berlin. Am Sonnabend, den 20. April, fand die Monatsversammlung der Abteilung S.D. statt. Kollege H. hielt einen Vortrag über „Kampf um die Jugend“, seine treffenden Ausführungen fanden reichen Beifall. Es entspann sich eine reichhaltige Diskussion. Für die Generalversammlung von Groß-Berlin wurden drei Kollegen delegiert. Dann wurden einige Wahlen von Funktionären erledigt. Es wurde noch beschlossen, eine Partie am ersten Sonntag im Mai nach Tegel-Schulzendorf zu veranstalten, welche nun am 5. Mai stattfand.

Trotz der kühlen Malenluft beteiligte sich eine ganz annehmliche Zahl von Kollegen. Als wir gegen 9 Uhr in Tegel angelangt waren, wurde es allmählich wärmer, und die jungen Kollegen wanderten mit fröhlichem Gesang nach dem Tegeler- und Heiligensee, woselbst wir Mittagstafel machten. Nach derselben beteiligten sich alle Kollegen an einer Ruderbootfahrt auf dem Heiligensee. Nach der Kaffeetafel wanderten wir mit Gesang nach Schulzendorf, woselbst wir mit fröhlichen Spielen den anregenden Tag beschlossen. Obgleich die jungen Kollegen schon einen Marsch von 22 Km. hinter sich hatten, wollten sie noch nach der herrlich gelegenen Gartenstadt Frohnau wandern. Von Frohnau ging es zurück nach Berlin. In der Erwartung, daß die Abteilungsleitung recht bald wieder eine so schöne Partie veranstalten wird, schieben die Kollegen.



Bitterfeld. Seit kurzer Zeit können auch die Kollegen unserer kleinen Industriestadt wieder eine Vorwärtsentwicklung in der Organisation verbuchen. Zahlreich stagnierte die Bewegung, um nun doch wieder Leben zu bekommen. In der Versammlung am 18. Mai hielt der Gauleiter einen Vortrag über die Bedeutung der Organisation. Die Wirkung dieses Vortrags löste sich aus in 10 Neuaufnahmen, die wir machten. Hoffentlich werden die neu erworbenen Kollegen nun auch treu zur Fahne stehen und auch werbende Mitglieder werden, die weitere indifferente Kollegen für die Organisation gewinnen. Denn zu haben und

zu holen sind ihrer noch sehr viele. Unsere Verwaltungskommission könnte und kann 200 Mitglieder zählen, wenn jeder einzelne seine Schuldigkeit tut. Deshalb auf, vorwärts zu weiterer Arbeit, zu weiteren Fortschritten!

Chemnitz. Der Kost- und Logiszwang, dessen Befreiung jetzt im hiesigen Wäldergewerbe mit aller Energie angestrebt wird, hat infolge der größeren Behormundungs- und Ausbeutungsmöglichkeit, die sich dadurch dem Unternehmer dem Arbeiter gegenüber bietet, auch in anderen Berufen noch warme Befürworter, die an dieser überlebten Einrichtung festhalten und sie gegebenenfalls mit Zähnen und Klauen verteidigen. Unter dem „Logiszwang“ haben auch in vielen Fällen noch die Transportarbeiter zu leiden. In drei Fällen wollen wir nachweisen, wie unsocial, ja gerade gesundheitsmörderisch hier mit den Arbeitern umgegangen wird. Der Kaufmann Albin Lorenz in Altendorf verlangte von seinem Kutscher, daß er in einer Kammer nächtige, in der ihm nur eine Bettstelle mit Strohsack zur Verfügung stand. Ihm zu bedenken mußte der Mann sich der Pferdebedeckung bedienen. Daß einer solchen Decke, die gleichzeitig zum Eindecken der Pferde benutzt wird, ein eigentümlich starker Geruch nach Pferdebeschwweiß anhaftet, ist fastjam bekannt. Nachdem dieser Kutscher eine Zeilang diese gasliche Lagerstätte benutzt hatte, verlangte Herr L. von ihm, daß er die benutzte Bettstelle kaufen solle, und als er sich dessen weigerte, zog er ihm schlankweg 14 Mark vom Lohn dafür ab. Die Sache kam schließlich vor das Gewerbegericht und Herr L. zahlte den einbehaltenen Lohn zurück, klagte aber noch auf dem Amtsgericht um Aufrechterhaltung des „Kaufvertrages“ und

Das Geschäft der Patrioten!

Das Interesse mancher Unternehmen an den Kriegsheereien und dem Rüstungsfanatismus läßt ein Blick in die Geschäftsergebnisse erkennen. Es verteilten nämlich Dividende in Prozent:

	Voriges Jahr	Letztes Jahr
Berein. Köhler-Rottweiser Pulverfabr.	18	18
Sprengstoff N.-G. Carbonit, Hamburg	7 1/2	8 1/2
Nobel Dynamit	10	10
Nitritfabrik	16	16
L. Loewe	16	18
Krupp	10	10
Rheinisch-Westfäl. Sprengstofffabriken	14	14
Deutsche Waffen- u. Munitionsfabriken	24	25

Die Dividenden wurden ausgeschüttet bei sehr hohen Abschreibungen und Rückstellungen. Das Geschäft blüht. Der lärmende Patriotismus macht sich für einzelne Leute famos bezahlt.

mußte letzten Endes die Klage, weil aussichtslos, zurückziehen. — Der Pferdehändler W. Brand hat einen Stallkutscher monatelang in einem Pferdehülle nächtigen lassen, dessen Ueberdachung nur wenig über das Pflaster des Hofes hervorragte. Als sich der junge Mann endlich der gesundheitsschädlichen Folgen bewußt wurde, die durch den Dunst des Pferdehüllens und die Ausnutzung einer größeren Anzahl Pferde verursacht werden und das Arbeitsverhältnis löste, machte Herr W. verzweifelte Anstrengungen, ebenfalls durch Einbehaltung des Lohnes und der Kaution das zu verhindern! — Auch in diesem Falle mußte letzten Endes das Gewerbegericht in Anspruch genommen werden. — Auch in der Bergschloßschen Brauerei versucht man neuerdings wieder, für die Kutscher den Logiszwang einzuführen, nachdem diese denselben vor einiger Zeit selbst aufgehoben und sich nach gastlicheren Räumen umgesehen hatten, als wie sie ihnen Herr Gese zur Verfügung stellt. Der Raum, der hier den Kutschern als Schlafraum zugewiesen, ist vollständig betwahrlos, feucht und dumpfig. In dem „Nebenschrank“ ist einem Kutscher ein Anzug vollkommen verrotten und verschimmelt. Die Kabine ist innerhalb eines halben Jahres nur einmal gründlich gereinigt, d. h. gewaschen worden. Gelehrt wird sie jede Woche nur einmal, ebenso werden die Betten höchstens wöchentlich einmal gemacht. Der im Raum befindliche Ofen ist nicht zu benutzen, weil er qualmt und dann den Aufenthalt in diesem Räume noch untragbarer gestaltet. Trotzdem Herr G. auf alle diese Uebelstände aufmerksam gemacht worden ist, bestand er doch darauf, daß die Leute weiter darin nächtigen sollen. — Diese haben das allerdings konsequent abgelehnt und es vorgezogen, lieber auf ein Arbeitsverhältnis zu verzichten, wenn man ihre Gesundheit derart niedrig einschätzt. Daß man mit solcher Zähigkeit an dem Fortbestehen des Logiszwanges hängt, hat, wie bereits einleitend betont, seine Ursachen darin, daß man den Arbeiter auch noch zu Nachtzeiten zur Verfügung haben will, falls mit einem Gaule was vorkommt. Man verlangt von einem Kutscher demnach, daß er nach schwerer Tagesarbeit noch bei Nachtzeiten auf der Later liegt. Und man hat auch ein Interesse daran, daß er da nicht gar zu fest schläft und die ganze Einrichtung ist dann eben darauf zugeschnitten. — Die resloße Befreiung des Kost- und Logiszwanges, gleichviel wo und unter welchen Verhältnissen derselbe noch ange-troffen wird, darf nicht mehr von der Tagesordnung kommen, zumal wenn sich derselbe als derart großer Mißstand offenbart.

Darmstadt. Die Sperre über die Möbeltransportfirma bleibt solange bestehen, bis sie an dieser Stelle widerrufen wird.

Duisburg a. M. Ein renitentier Fuhrunternehmer. Den Fuhrunternehmer Monque hatte ein Fuhrmann vor dem hiesigen Gewerbegericht

wegen rückständigen Lohn verklagt. Das Gewerbegericht beurteilte den Unternehmer zur Zahlung. Der aber glaubt, daß M. nunmehr zahlen würde, der irrt sich. Als der Fuhrmann seinen Lohn holen wollte, wurde er kurzerhand rausgeworfen. Auch auf mehrmaliges Urufen unserer Ortsverwaltung fühlte sich der Herr nicht veranlaßt, zu zahlen. Nun wurde die Sache einem Gerichtsvollzieher übergeben. Aber auch jetzt weigerte sich M., zu zahlen. Erst als der Gerichtsvollzieher zur Pfändung schritt, ließ sich der noble Herr zur Zahlung herbei. Jedes Wort der Kritik über den Fall würde dieses Gebahren, den Arbeiter um seinen fauer verdienten Lohn zu pressen, nur abschwächen. Im übrigen aber muß es ein Unternehmen schlecht bestellt sein, das solche Mittel anwendet, um seine Einkünfte zu erhöhen.

Erfolgreiche Lohnbewegung der Kutscher und Mißfahrer in der Ersten Mannheimer Eisfabrik Gebr. Vender. Im Jahre 1907 haben wir den ersten Tarifvertrag in diesem Betriebe abgeschlossen. Der Tarifvertrag sah eine jährliche Steigerung des Maximallohnes vor, so daß die Kollegen bis zum Jahre 1910 jedes Jahr eine Mark Lohnerhöhung erhielten. Leider blieb der Einstellungslohn auf dem alten Stadium bestehen, so daß er bis zum jetzigen Tarifabschluß 26 Mk. betrug. Wir reichten nun am 1. Mai neue Forderungen ein, welche zu einem erneuten Tarifabschluß führten. Der Tarif trat ab 15. Mai in Kraft und der Minimallohn wurde von 26 auf 28 Mk. erhöht. Der Maximallohn wurde von 30 auf 31 Mk. erhöht. Für Einspannen am Sonntag früh wurde bisher eine Pauschale von 2 Mk. bezahlt und diese jetzt auf 3 Mk. erhöht. Der Ueberstunden-Satz wurde ebenfalls um 10 Pfg. erhöht. Die Tagelöhner erhielten bisher 40 Pfg. Stundenlohn, jetzt erhalten sie 25 Mk. Wochenlohn. Außerdem wurde für alle Arbeiter folgender Urlaub festgesetzt: Nach 1-jähriger Tätigkeit 3 Tage, nach 3-jähriger Tätigkeit 5 Tage und nach 5-jähriger Tätigkeit eine Woche. Der Tarifvertrag hat Gültigkeit bis zum 1. April 1914. Die freien Tage, welche bisher abgezogen wurden, werden jetzt weiter gewährt ohne Lohnabzug. Die Kollegen sind mit dem Erfolg durch die Organisation zufrieden. Hoffentlich bleiben sie alle der Organisation treu und sorgen dafür, daß diese ihnen nicht wieder durch Gleichgültigkeit verloren geht.

Halle a. S. Wie die Halle'sche Polizei für die Hebung des Fremdenverkehrs sorgt. Geldpreise über Geldpreise haben gerade in den letzten Wochen die Stadtverordneten bewilligt, um — den Fremdenverkehr für Halle zu heben. Jeder Widerspruch gegen noch so unsinnige Exzentrischen Preisforderungen allerlei beliebiger Vereine wurde niedergeschlagen durch die eine immer wiederkehrende Bemerkung, wir müssen den Halle'schen Fremdenverkehr fördern. Ein Verschönerungsverein und ein besonders für diesen ausschließlichen Zweck gegründeter Fremdenverkehrsverein, sinnen Tag für Tag, und Woche für Woche auf Mittel und Mittelchen, um Fremde nach Halle zu laden und die Stadt angenehm und gefällig erscheinen zu lassen.

Man sollte meinen, daß diese löblichen Bestrebungen auch die Halle'sche Polizei bewegen müßten, den Fremden, die nun wirklich mal unser Halle besuchen kommen, weitgehendstes Entgegenkommen zu erweisen und alle Liebeshwürdigkeit, der sie nur irgend fähig wäre, zu zeigen. Aber weit gefehlt; das Gegenteil mußten wir dieser Tage mit Stauern erleben, wie das die nachfolgende Tatsachenschilderung zeigt:

Die Leipziger Mitglieder des Transportarbeiterverbandes hatten sich vorgenommen, die Schönheiten der Stadt Halle und deren Umgebung am verschönen Himmelstagsfest anzusehen und lernen zu lernen. Rund 900 Personen an der Zahl kamen sie am Donnerstag vormittag 1/10 Uhr mittels Sonderzuges auf dem Hauptbahnhof an. Hatte sie geglaubt, als Gastfreunde festlich und froh empfangen zu werden, so nahm ihnen die Halle'sche Polizei von vornherein diesen schönen friedlichen Glauben. — Ein Einzug der Gäste mit Musik wurde mit einem Hinweis auf die Kirchzeit verboten. Die Musikbegleitung nach der geplanten Wasserfahrt für den Weg von der Anlagestelle Peßnitzbrücke nach dem Volkspark wurde ebenfalls verboten. Für einen Spaziergang nach der Peßnitz und für den abendlichen Umarmen der Leipziger zum Bahnhof wurde für die Mitführung von Musikinstrumenten die Genehmigung versagt, wie die Polizei überhaupt jedes geschlossene Marschieren der Fremden vor vorneweg verbot. Trotz dieses nur gegen Arbeiter üblichen äußerst schroffen Verhaltens waren aber die Festeiter noch so anständig und zuvorkommend, der Polizeiverwaltung anzugeben, durch welche Strafen sich die Gäste nach dem Volkspark begeben würden. Es waren dazu noch, um das äußerste Entgegenkommen der Arbeiter zu beweisen, möglichst ruhige, abseits gelegene Straßen gewählt worden. Die Halle'sche Polizei hat all diese Vorkehrungen schlecht gelohnt, sich des Entgegenkommens nicht im geringsten würdig gezeigt. Sie hat die ihr von der Festleitung in gutem Zubertrauen gemachten Angaben dazu ausgenutzt, die Gäste ganz empfindlich zu stören, unnötig zu belästigen und vor den Kopf zu stoßen. Die Halle'sche Polizei hatte sich am Himmelstagsfest in solcher Weise geriselt, als ob nicht gestiftete großstädtische Arbeiter, sondern russische Verbrecherkolonnen zu empfangen wären. Mit Argusaugen wurden die Spaziergänger bewacht, kein Mensch weis sich dafür eine Erklärung zu finden. Schon am Bahnhofe ging es los. Die Bahnhofswache war mit Polizisten vollgepfropft, die unter Führung einiger Kommissare ihre Pflicht taten, sobald der lose Zug der Spaziergänger, Männer, Frauen und Kinder, sich in Bewegung setzte. Auf dem Aueplatz waren weitere Polizeiposten zu Fuß und zu Wade aufgestellt. Am Leipziger Turm stellte sich den Leipziguern der Polizeioberinspektor von Doffow mit mehreren Kom-

missaren und mindestens einem Dutzend Polizisten entgegen. Herr von Dossow ließ absperrern und die Leipziger statt flott fortzuziehen nur dutzendweise abziehen. Dadurch verzerrte sich der Zug der Ausflügler unnötigerweise ins Ungemessene. Auf dem weiteren Wege wurden die Spaziergänger dann von der Polizei fast ständig begleitet. Auf dem Martinsberg wurden gar 14 rabelnde Polizisten bemerkt. — Herr v. Dossow schwang sich in eine Droschke, um weitere Anordnungen an anderen Punkten zu treffen. Im Pfäzler Schießgraben war eine fliegende Polizeiwache eröffnet. Überall, wohin das Auge sah, nichts als Polizei und wieder Polizei. Der Volkspark, wohin die Leipziger zum Frühstück gegangen waren, wurde mit Polizeiposten besetzt. Beim Beginn der Wasserfahrt war Dossow wieder mit Polizeimannschaften zugegen. Und auf die Klausberge wurde ein gut Dutzend Polizisten zur Aufrechterhaltung der „Ordnung“ geschickt. Die ganze Fahrt auf dem Wasser wurde vom Ufer aus ständig polizeilich überwacht. Und Kommissar Sommer stand noch spät abends beim Volkspark auf Beobachtungsposten. — Bis abends um 1/10 Uhr war im Hause Wladenburgstraße 67, in der Nähe des Bahnhofs, eine fliegende Wache stationiert. Erst als die Leipziger Ausflügler durch waren, winkte Herr von Dossow ab. Die etwa 15 Schutzleute konnten abziehen. Die Doppelposten wurden aufgelöst — der Fremdenverkehr war überstanden — Uff!

Die Bürgerschaft aber, nicht etwa nur die Arbeiter allein, sind erstaunt darüber, wie die Halle'sche Polizei die Förderung des Fremdenverkehrs aussieht. Oder liegt vielleicht diese sonderbare Behandlung der Leipziger Ausflügler daran, daß sie veräumt haben, sich eine Unterflügung von der Stadtverwaltung bewilligen zu lassen? —

Nun, unsere Leipziger Kollegen werden jedenfalls als gemüthliche Sachsen einen Begriff von echt preussischem Schneid bekommen haben.

Hilfeshelm. Trotz jahrelanger intensiver Agitation war es bis vor kurzem uns nie recht möglich, an eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse unserer Kollegen zu denken. Dabei werden hier Löhne bezahlt, die dringend der Verbesserung bedürfen. Wohl war die Zahl der Organisierten gestiegen, aber wegen der hier herrschenden Zersplitterung war in keinem Betrieb eine geschlossene Organisation vorhanden. Die Zahl der Organisierten war meist nur so gering, daß wir an erfolgreiche Durchführung von Lohnbewegungen nicht denken konnten. In der letzten Zeit ist auch auf diesem Gebiete ein Wandel eingetreten. Die jahrelange Organisationsarbeit trägt endlich ihre Früchte. Zuerst waren es die Autodrochsenführer, die durch einen, wenn auch wilden Streik, eine ganz gute Verbesserung ihrer Verhältnisse erreichten. Dem sind nun auch die bei der Firma W. Schäfer, Fuhrgeschäft und Kessbaggerer, beschäftigten Kollegen gefolgt. Auf die von uns eingereichten Lohnforderungen war zunächst keine Antwort eingegangen. Dem vorstelligwerdenden Verbandsvertreter erklärte Herr Schäfer sich zum Verhandeln bereit. Nach zweimaliger Verhandlung wurde dann eine Einigung erzielt. Die Kollegen erhalten mit Ausnahme von zwei Invaliden jeder eine Lohnerhöhung von 1,80 Mk. pro Woche. Außerdem wurden noch einige kleine Verbesserungen erzielt; auch die Freitagslohnzahlung zugesichert. Wenn es uns nun auch nicht gelungen ist, alle Wünsche der Kollegen zu erfüllen, so können wir mit dem erzielten Erfolge doch zufrieden sein. Aufgabe der Kollegen in diesem Betriebe muß es nun sein, dafür zu sorgen, daß die Organisation noch mehr ausgebaut wird, damit das Erreichte gehalten und der Weg für weitere Erfolge geebnet wird. Hoffentlich werden aber auch die übrigen Kollegen die nötige Aufmerksamkeit auf dieser Bewegung zühen und sich mehr denn bisher um die Organisation kümmern. Wie wir bereits oben ausgeführt, sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im allgemeinen noch sehr verbesserungsbedürftig. Sollen hier andere Verhältnisse Platz greifen, dann heißt es, agitieren und organisieren. Bisher war es so, daß nur einige Wenige die Agitationsarbeit besorgten; die Mehrzahl der Kollegen bezahlte wohl ihre Beiträge, bekümmerten sich aber im übrigen um nichts. Das kann auf keinen Fall so weiter gehen; ein jeder Kollege hat so oft und viel Gelegenheit, mit unorganisierten Berufskollegen zusammen zu kommen. Dieser Augenblick muß dann wahrgenommen werden und der Erfolg wird sicherlich nicht ausbleiben.

Rönigsberg i. Pr. Der Streik der Holzplagarbeiter bei der Firma N. Sandmann ist nach fünfzehntägiger Dauer beendet. Am Montag, den 20. d. Mts. haben auf dem Einigungsamt unter dem Vorsitz des Herrn Magistratsassessors Boeder Verhandlungen stattgefunden, welche zur Einigung der streikenden Parteien führten. Nachdem die Firma kurz vor Ausbruch des Streiks den Stundenlohn von 33 Pf. auf 35 Pf. erhöht hatte, hat sie jetzt eine weitere sofortige Erhöhung desselben um 2 Pf., also auf 37 Pf. pro Stunde zugestimmt. Am 1. Mai 1913 erhöht sich der Stundenlohn auf 39 Pf. Die Akkordsätze für die Bretenträger, Holzvorarbeiter, Mühlleute, Holzstapler und Maschinenarbeiter erhöhen sich sofort um 6 pSt., ab 1. Mai 1913 um weitere 6 pSt. Die vor Ausbruch des Streiks gemahregelten sieben Arbeiter werden sofort wieder eingestellt. Außerdem sind noch andere Vergünstigungen, wie höhere Entlohnung der Überstunden, der Sonntagarbeit usw. durchgesetzt worden, ebenfalls die Organisation der Arbeiter, der Deutsche Transportarbeiter-Verband, als Vertragskontrahent anerkannt worden. Die getroffenen Vereinbarungen gelten bis zum 1. Mai 1914. Die Erfolge sind um so höher zu bewerten, wenn man sich vergegenwärtigt, daß in anderen gleichartigen Geschäften noch 30 und 33 Pf. Stundenlohn gezahlt werden. Ferner ist mit dieser Lohnerhöhung der Beschluß des Arbeitgeberbundes für die Holzindustrie durchbrochen.

unter keinen Umständen über einen Mindestlohn von 35 Pf. hinauszugehen. Die Holzplagarbeiter der Firma Sandmann haben ihr Vorpostengefecht sehr gut bestanden, kein einziger ist abtrünnig geworden; sie waren sich vollkommen des Wertes dieses Kampfes für die gesamten Holzplagarbeiter bewußt. Hoffentlich werden nun auch auf den übrigen Plätzen bessere Verhältnisse geschaffen. An den Holzplagarbeitern selbst wird es jetzt liegen, aufzuwachen, sich zu organisieren und Forderungen zu stellen. Die Wahn ist frei.

Landesberg a. M. Wie die Kollegen sich erinnern werden, stellten am 1. April die Speditionsarbeiter die Arbeit ein, weil die Herren Unternehmer jegliches Entgegenkommen rundweg ablehnten. Mit allen möglichen Mitteln versuchte man Arbeitswillige heranzuziehen und nahm auch zum Schluß die Hilfe der Korrektionshäftlinge und Wpflisten in Anspruch. Gleich am 2. April rückte die schwarze Garde, unter ziemlich starker Polizeibedeckung, als Arbeitswillige an und verrichtete nicht nur Möbelumzüge, sondern jede nur in Frage kommende Speditionsarbeit. — Die Streikenden wandten sich durch ihre Kommission sofort an den Herrn Inspektor — pardon Oberinspektor — wegen sofortiger Zurückziehung dieser Arbeitswilligen; dieser lehnte in ziemlich schroffer Weise das Gesuch der Streikenden ab und verwies die Kommission an den Herrn Landesdirektor. Am 2. April wurde die Beschwerde an den Herrn Landesdirektor abgesandt und endlich, am 13. Mai cr., kam prompt, nach Ablauf von beinahe 6 Wochen, folgende Antwort:

„Der Landesdirektor der Provinz Brandenburg.

Tagebuch Nr. 1040 G.

Berlin W., den 13. Mai 1912.

Matthäikirchstr. 20/21.

Fernruf: Amt VI, 149, 265.

Auf Ihr an den Vorsitzenden der Brandenburgischen Landesversicherungsanstalt gerichtetes und von diesem an mich weitergegebenes Schreiben vom 2. April d. J. erwidere ich ergebenst, daß ich nach den angestellten Ermittlungen keine Veranlassung finde, die Anfang April d. J. gegebene Verwendung von Arbeitskräften der dortigen Provinzialanstalten bei Wohnungsumzügen zu mißbilligen.

Obwohl ich grundsätzlich darauf bedacht bin, den Wettbewerb der in den Anstalten der Provinz verfügbaren Arbeitskräfte dem Arbeitsmarkt fernzuhalten, um nicht für die freien Arbeiter ungünstigere Konkurrenzbedingungen herbeizuführen, so kann ich im vorliegenden Beschwerdefalle nicht anerkennen, daß berechnete wirtschaftliche Interessen verletzt worden sind, wie auch daraus erhellt, daß die Landesberger Transportarbeiter selbst schon nach wenigen Tagen aus freien Stücken die Arbeit wieder aufnahmen. Es fällt auch ins Gewicht, daß durch den zum Umzugstage erregten Streik in erster Linie einzelne die Wohnung wechselnde Familien in Ungelegenheiten gerieten, denen in ihrer Not Hilfe zu leisten war. Die bei diesen Umzügen verwendeten Anstaltsarbeiter haben dabei keinem Arbeitswilligen Konkurrenz gemacht.

(Name unleserlich.)

An den Deutschen Transportarbeiter-Verband (Gau 3) zu Landesberg (Barthe).“

Aus dieser Antwort geht unzweideutig hervor, daß die Unterfuchung recht einseitig von staten gegangen ist. Auf die in der Beschwerde hingewiesene Tätigkeit der Häftlinge als Kutcher, Speditionsarbeiter, Bodenarbeiter, Wader zc. geht der Herr Landesdirektor gar nicht ein, sondern glaubt die Beschwerde damit abtun zu können, daß er sagt, die Häftlinge hätten den Arbeitswilligen keine Konkurrenz gemacht. Dieser Satz stimmt, denn die Arbeitswilligen waren ja die Häftlinge selbst. Wenn der Herr Landesdirektor grundsätzlich darauf bedacht ist, den freien Arbeitern keine Konkurrenz zu bieten, so war er um so mehr verpflichtet, sofort die Häftlinge zurückzurufen und den Inspektor anzuweisen, daß in Zukunft, wenn die freien Arbeiter um Eringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Streik treten, Arbeitswillige dem Unternehmer nicht zu stellen sind. Ferner ist es unwahr, daß die Transportarbeiter aus freien Stücken zur Arbeit zurückgekehrt sind. Erst nach mehrfacher Verhandlung vor dem Gewerbegericht und unter Zustimmung des Verbandes ist die Arbeit wieder aufgenommen worden. Der Herr Landesdirektor sagt ferner, daß berechnete wirtschaftliche Interessen nicht verletzt worden sind. Nun, der Streik ist ein Mittel im wirtschaftlichen Kampfe, ferner ein gesetzlich anerkanntes Recht und hätte ohne weiteres der Herr Landesdirektor dieses Recht respektieren müssen, denn dazu war der Herr ohne weiteres als Staatsbeamter verpflichtet. Die Transportarbeiter sind dem Herrn Landesdirektor dankbar für diese Antwort; geht doch Klipp und Klar daraus hervor, daß von unserer Regierung und ihren Anhängseln Schutz den Schwachen nicht gewährt wird. Die Transportarbeiter können aus dieser Antwort nur die Lehre ziehen, daß sie sich nur auf ihre Organisation zu verlassen haben und wird es ihre Aufgabe sein, diese ihre Organisation zu stärken, um somit zu gegebener Zeit in der Lage zu sein, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, trotz Streikbrecher, schwarze Garde, Wpflisten, Inspektoren — pardon Oberinspektoren — und Landesdirektor.

Öffentliche

und Mitglieder-Versammlungen.

Frankfurt a. M. Am 29. April fand eine ordentliche Generalversammlung statt, in der der Geschäfts- und Kassenbericht vom 1. Quartal 1912 gegeben wurde. Bestimmten glaubten, daß mit der Anstellung eines zweiten Beamten die Kassenverhältnisse nicht so forschreiten würden, wie es in den letzten

Quartalen der Fall war. Man legte ihnen aber klar, daß hier am Orte noch Lawende von Kollegen zu gewinnen seien, und diese dem Verbandszugehörigkeit durch intensive Arbeit in der Agitation, garantieren vollständig das Gehalt des 2. Beamten, ohne eine Beitragserhöhung eintreten zu lassen. Alle Erwartungen sind durch die Tatsachen übertröffen. 330 Neuaufnahmen und 12 Uebertritte erfolgten. Das größte Kontingent stellten die Fuhrleute. Auch der Arbeitsnachweis hat sich besser bewährt. Arbeitslos gemeldet waren 93 Mitglieder, verlangt wurden 107, besetzt wurden 90 Stellen. — Der Kassenbericht gestaltete sich wie folgt: Einnahmen 10 126,89 Mk., Ausgaben 8471,44 Mk., bleibt Bestand 1655,45 Mk. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Ein Wahlausschuhmitglied gibt das Stimmenverhältnis bekannt. Da der Wahlausschuh bezweifelt, daß die vom Zentralvorstand erlassenen Vorschriften genau befolgt wurden, so ist gegen ein Mandat zum Verbandsstag Beschwerde beim Vorstand in Berlin erhoben worden. Ein Kollege teilt mit, daß die im Konsum beschäftigten Kollegen die Arbeitsruhe für den 1. Mai beschlossen haben. Lebhaft bedauert wird ein Beschluß der hiesigen Lagerhalter, am 1. Mai die Verkaufsstellen des Konsums offen zu halten. Noch eine Reihe interner Angelegenheiten wurden erledigt. Nachdem die Mitglieder aufgefordert waren, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen, wurde die Versammlung geschlossen.

Fürstenthalde (Spree). Die Kollegen werden an dieser Stelle ermahnt und an ihre Pflicht erinnert, sich mehr um den Verband zu kümmern wie bisher. Es genügt nicht, daß man seine 45 Pf. bezahlt und denkt, damit schon seine Schuldigkeit getan zu haben. Nein, jeder Kollege hat die Pflicht, für seinen Verband tätig zu sein und ihm neue Mitglieder zu werben. Speziell in Fürstenthalde gibt es noch ein großes Feld der Betätigung, gibt es noch viele, die für die Organisation gewonnen werden, wenn — ja wenn jeder Kollege mitarbeitet. Und dann Kollegen, wenn man organisiert ist, soll man auch die Mitgliederversammlungen besuchen. Diese paar Stunden müssen geopfert werden. Die Mitgliederversammlungen werden abgehalten, damit sich die Kollegen kennen lernen, damit ein jeder mitberaten und mitbeschließen soll über seine ureigensten Interessen. Und gerade die Kollegen sind nachlässig in jeder Beziehung, für die der Verband schon Erfolge errungen hat. Sie mühten sich erkenntlich zeigen und ihren Dank dadurch abfließen: unermüdblich tätig zu sein, im Verbandsinteresse neue Mitglieder zu werben und die Mitgliederversammlungen zu besuchen. Am Sonnabend, den 1. Juni findet die nächste Versammlung mit äußerst wichtiger Tagesordnung statt und wird erwartet, daß alle Kollegen diese besuchen.

Görlitz. In der am 30. April abgehaltenen Generalversammlung gab der Kassierer die Abrechnung vom 1. Quartal. Kassenbestand am Schluß des 4. Quartals 1180,31 Mk.; Einnahmen 3118,61 Mk., Ausgaben 417,41 Mk., an die Hauptkasse gesandt 1221,68 Mk., bleibt ein Kassenbestand von 1543,52 Mk. Ein Revisor bestätigte die Richtigkeit der Abrechnung. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. — Darauf hielt der Vorsitzende ein Referat über: „Die gegenwärtigen Lohnkämpfe“. Nach allgemeinen Ausführungen berichtete er ausführlich über den gegenwärtigen Streik in der Waggonfabrik, seine Ursachen und Begleiterscheinungen, sowie über den Sympathiestreik bei der Firma Klein. Die Firma scheint sich nicht, gegen die entlassenen Arbeiter schwarze Listen auszugeben. In der Diskussion ergänzte Sch. die Ausführungen des Referenten. Darauf erklart ein Kollege den Kartellbericht. In der Diskussion ging der Vorsitzende auf die Ursachen der Verfolgung der Arbeiter-Jugendorganisation ein und eruchte die Anwesenden, ihre Kinder von den bürgerlichen Turnvereinen fernzuhalten. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten ihre Erledigung fanden, erfolgte Schluß der Versammlung.

Hirschberg i. Schl. In einer der letzten Versammlungen wurde der Kartellbericht zur Kenntnis genommen, wodurch der Vogelt des Gasthauses Hoppe in Gruna aufgehoben ist. Westheim bleibt dagegen die Sperre über das Konzerthaus und Wiener Café, wonach sich die Kollegenschaft zu richten hat.

Jena. Am 20. April fand unsere Vierteljahrs-Generalversammlung statt. Der Bevollmächtigte ersuchte die Kollegen, ihre Kinder, die zu Ostern die Schule verlassen haben, der Jugendorganisation zuzuführen. Dann verlas der Kollege H. die Abrechnung. Hierüber entstand eine längere Debatte betreffs des Mantogeldes. Hierauf bittet der Kollege L. als Revisor, den Kassierer zu entlasten, was auch geschah, bis auf den einen Punkt betreffs des Mantogeldes. Der Bevollmächtigte teilt mit, daß sein jetziges Arbeitsverhältnis ihn zwingt, sein Amt niederzulegen. Gewählt wurde der frühere Unterkassierer Köpfer und an seine Stelle H. H. Der Erstattung des Kartellberichts folgte ein Hinweis auf die Waisfeier. Die Mitgliederzahl stieg von 316 auf 329. Der Kassenbestand erhöhte sich von 648,18 Mk. auf 693,17 Mk.

Rönigsberg i. Pr. Am Sonntag, den 28. April tagte unsere Generalversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken der verstorbenen Kollegen Karl Kunz und Albert Müdert durch Erheben von den Plätzen. Aus dem vom Kollegen Werner gegebenen Geschäftsbericht ist hervorzuheben, daß der scharfe Frost die Arbeitsmöglichkeit erheblich beeinträchtigte, ebenfalls hat der englische Bergarbeiterstreik sich bei den im Hafen beschäftigten Kollegen recht ungünstig bemerkbar gemacht, da englische Kohlen den Hauptlieferant für den hiesigen Hafen bilden. Trotzdem ist unsere Mitgliederzahl ganz erheblich gestiegen und zwar von 2069 auf 2358. Neuaufgenommen wurden

402 Mitglieder, 12 traten aus anderen Verbänden zu uns über, während 2 Kollegen aus anderen Verwaltungskreisen zureisten. An Abgängen waren 128 zu verzeichnen, von denen 34 Kollegen zum Bauarbeiterverband übertraten, 4 abreisten und verstorben sind. 88 wurden wegen restierender Beiträge gestrichen. An Versammlungen wurden im vorigen Quartal 66 sowie 69 Besprechungen abgehalten, zur Belebung der Agitation 23 980 Zirkulare und Flugblätter zur Verteilung gebracht. Die Korrespondenz wies an Eingängen 505 und an Ausgängen 1024 Postsendungen auf. Die Ortsverwaltung beschäftigte sich in ihren Sitzungen mit einer ganzen Reihe Unterstützungs- und Rechtschutzsachen, ebenso waren die geplanten Lohnbewegungen Gegenstand eingehender Beratungen. Auch wurde der Beschluß gefaßt, beim Hauptvorstand die Bewilligung einer Hilfskraft nachzusuchen, da die Arbeiten im Büro von den beiden angestellten Kollegen nicht mehr mit der nötigen Sorgfalt erledigt werden konnten, auch unsere Beitragskassierer entlastet werden mußten. Dieser Antrag fand dadurch seine Erledigung, daß der Vorstandsvorsitz den Kollegen Rosenbaum als Hilfsbeamten anstellte. An Lohnbewegungen waren die der Eisarbeiter bei den Hüttenwerken und die der Expeditionsarbeiter bei den Firmen Becker u. Müller und Rathje zu verzeichnen, an denen ca. 550 Kollegen beteiligt waren. Beide Bewegungen konnten mit vollem Erfolg beendet werden und brachten den Kollegen annehmbare Vorteile. Bei Differenzen mit den Arbeitgebern mußte die Ortsverwaltung in 17 Fällen eingreifen und zwar 5 Mal bei Maßregelungen und 12 Mal bei Lohnhöherungen. Es gelang fast durchweg, dieselben zur Zufriedenheit der Kollegen zu erledigen. Nachdem dann der Berichterstatter noch die wichtigsten Ereignisse in den einzelnen Branchen Revue passieren lassen, ersuchte er die Kollegen, auch für die Zukunft unablässig in der Agitation tätig zu sein. Der Klassenbericht wurde vom Kollegen Genaud gegeben und zeigt entsprechend der gestiegenen Mitgliederzahl ebenfalls eine gesunde Entwicklung. Die Einnahmen betragen 18 619,15 M., wovon an die Hauptkasse 12 685,46 M. abgeführt wurden. Beiträge wurden 26 181 umgelegt. Für Arbeitslosenunterstützung wurden 2319,30 M., für Krankenunterstützung 6145,10 M. gezahlt. Ferner wurden auf Rechnung der Hauptkasse noch 492,90 M. gezahlt. Darauf wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Den Bericht von der fakultativen Unterstützungs-kasse gab der Kollege Näder, er konnte von einer stetigen Wornärzentswickelung dieser unserer Verbandszweigung berichten. Der anwesende Gauleiter gab ebenfalls einen Überblick über die Tätigkeit des Gauvorstandes, welcher beifällig aufgenommen wurde. Der Klassenbericht wurde vom Kollegen Genaud gegeben, welcher die wichtigsten Beschlüsse der Klassen der Kollegen mitteilte. § Unter „Verbandsangelegenheiten“ wurde zum Kartellvertrag mit den Bauarbeitern Stellung genommen. Von den Versammelten wurden einige recht traffe Fälle angeführt, in welcher Weise die Vertragsbestimmungen von den Handeleigerten ausgelegt würden. Die Ortsverwaltung wurde beauftragt, dafür Sorge zu tragen, daß der Kartellvertrag unter allen Umständen eingehalten wird.

Dann nahm die Versammlung zur „Maifeier“ Stellung. Von einem allgemeinen Beschlusse mußte in Anbetracht der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse unserer Mitglieder Abstand genommen werden, doch wurde den Kollegen zur Pflicht gemacht, daß überall dort, wo es die Verhältnisse, ohne Schädigung der Mitglieder gestatten, die Arbeit am 1. Mai zu ruhen hat. — Nach Erledigung einiger interner Verbandsangelegenheiten erfolgte sodann Schluß der Versammlung.

Leipzig. Quartals-Generalsversammlung am 26. April. Die Wahl eines Kartelldelegierten fand dadurch Erledigung, daß Kollege Wiedemann gewählt wurde, welcher gleichzeitig als Kartellauschussmitglied fungieren wird. Den Geschäfts- und Klassenbericht erstattete Kollege Keder. Aus den gemachten Ausfühungen war zu entnehmen, daß im 1. Quartal 7 Lohnbewegungen stattfanden. In drei Fällen kam es zum Streik. Die Bewegungen verteilten sich auf 46 Betriebe, in denen 717 Kollegen tätig sind. An den Bewegungen waren 585 Berufsangehörige beteiligt, von denen 509 organisiert waren. Das Resultat der Bewegungen war in allen Fällen erfolgreich. Erreicht wurde für 385 Kollegen eine Verkürzung der Arbeitszeit von 1212 Stunden pro Woche. Der erreichte wöchentliche Mehrlohn betrug 2137,50 M. oder im Durchschnitt für den einzelnen 3,70 M. pro Woche. Dazu kommen ein Anzahl weitere Verbesserungen, wie Bezahlung von Überstunden, Sonn- und Feiertagsarbeit, sowie Gewährung von Ferien unter Fortzahlung des Lohnes bis zu sechs Arbeitstagen. In 5 Fällen gelang es, schriftliche Abkommen und Tarifverträge mit den Unternehmern zu treffen. Der Agitation dienten 83 Versammlungen und 132 Betriebsbesprechungen. In 33 Fällen fanden mündliche Verhandlungen mit den Unternehmern statt. Posten- und -ausgänge waren 2916 zu verzeichnen. Die Mitgliederzahl hat eine Zunahme im 1. Quartal von 858 erfahren, so daß am 1. April ein Mitgliederbestand von 7418 zu verzeichnen war. Die Arbeitslosigkeit war im vergangenen Quartal recht groß, waren doch 802 Verbandsmitglieder gezwungen, 17 809 Tage zu feiern. Im Arbeitsnachweis wurden 205 Stellen gemeldet, von denen 176 besetzt werden konnten. Erwerbslosenunterstützung bezogen 773 Verbandsmitglieder im Betrage von 18 537,04 M. Für die verschiedenen Arten von Unterstützungen wurde insgesamt 21 117,29 M. ausgegeben. Das Andenten von 4 verstorbenen Kollegen wurde in üblicher Weise gelehrt. Der Klassenbericht wies eine Gesamteinnahme von 100 565,85 M. auf, demgegenüber steht eine Ausgabe von 41 026,10 M., so daß am Quartals-

schluß ein Klassenbestand von 59 539,75 M. vorhanden war. Der Markenumsatz erreichte die Höhe von 89 610, darunter 82 265 Wochenbeiträge. Die Revisionskommission befaßte sich mit der Wichtigkeit der Klasse, worauf dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt wurde. Die Berichte wurden ohne Diskussion entgegengenommen. Nachdem hielt Genosse Lejovsky einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über die Bedeutung des 1. Mai. In der anschließenden Diskussion wurden die Kollegen ersucht, an der Maifeier sich zu beteiligen. Unter Gewerkschaftliches wurde auf die Differenzen im Schwerfuhrwerk verwiesen und die ausgeschiedene Arbeitszeit geschilbert, unter welcher die Kollegen zu leiden haben. Weiter wurden die Kollegen ersucht, an dem Himmelfahrtsausflug nach Halle sich zahlreich zu beteiligen. Nachdem noch eine Anzahl Vollstreckungsabkommen gewonnen waren, erfolgte Schluß der Versammlung.

Leipzig. In der Mitgliederversammlung am 13. Mai wurde der Kartellbericht gegeben. Betreffs des Dachbederstreiks gab der Berichterstatter bekannt, daß von 11 Firmen 8 den Tarif schriftlich anerkannt haben, wodurch die Mehrzahl der Streikenden sich bereits wieder in voller Arbeit befinden. — Die Differenzen zwischen den Zivildienstpflichtigen und dem Wirt der Schließstände bleiben fortbestehen. Die Abrechnung vom 1. Quartal ergab bei einer Einnahme von 1571,92 M. und einer Ausgabe von 749,45 M. einen Bestand von 822,47 M. An Stelle des Gen. Kassierers wurde Kollege Wolf als Kassierer gewählt. Ein scharfer Kritik wurden die stattgefundenen Gewerbegerichtswahlen unterzogen, weil der Magistrat zu

Eine interessante Preisberechnung!

Die rapide Steigerung der Preise für alle Lebensbedürfnisse veranschaulicht eine Berechnung in der „Post“ z. B. Auf der Grundlage der Preise für einzelne Artikel hat man die Durchschnitte für ganze Gruppen ermittelt. Dabei sind weiter die Preise in der Zeit von 1887 bis 1898 gleich 100 gesetzt. Wie sich nach diesem Maßstabe die Preise der letzten Jahre verhalten, zeigt diese Aufstellung:

	Jahr 1910	März 1911	März 1912
Getreide	106,65	104,18	126,12
Sonstige inländische landwirtschaftliche Produkte	121,77	106,76	173,57
Ausländische landwirtschaftliche Produkte	111,92	116,32	183,07
Textilprodukte	181,77	141,34	140,91
Textilische Produkte	142,05	135,28	142,98
Mineralien	121,17	126,94	143,06

Hier zeigt sich deutlich, in welcher erschreckender Weise die Preise für alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse gestiegen sind. Als besonders bemerkenswert, weil ein Resultat der Wirtschaftspolitik der Junker und Paffen, tritt die stärkere Verteuerung der inländischen landwirtschaftlichen Produkte beträchtlich aus dem allgemeinen Rahmen heraus.

wenig Wahllokalitäten hergegeben hatte. — Die Abrechnung vom Vergnügen ergab an Einnahmen 327,85 Mark, an Ausgaben 255,50 M., bleibt ein Bestand von 72,35 M. Davon wurden zu Bildungszwecken von der Versammlung 15 M. bewilligt; bleibt ein Ueberschuß von 57,35 M.

Das Kinderfest findet am 18. August statt, und wurde von der Versammlung beschlossen, daß jedes Mitglied zu demselben 50 Pf. zu zahlen hat. Bedauert wurde, daß einige Kollegen die Beschlüsse, die in der Versammlung gefaßt werden, nicht befolgen. Aber das liegt daran, daß gerade die Kollegen, die darüber murren, die Versammlungen wenig oder gar nicht besuchen. Dieses war auch das letzte Mal wieder der Fall. Ein Kollege ließ sich sogar in einer Schankwirtschaft soweit hinreißen, hier nicht wiederzugegebende Redensarten auszusprechen gegen eine Beschlusfassung der letzten Versammlungen. Er wurde vom Vorstand eines besseren belehrt und ihm gesagt, daß im Wiederholungsfall andere Maßnahmen getroffen werden müßten. Zum Schluß wurde noch bekannt gegeben, daß die Firma Frisch u. Co. (Luxusmöbelfabrik) die Lohnforderungen der Arbeiter bewilligt hat.

Magdeburg. Am 30. April fand die sehr gut besuchte Generalversammlung für das 1. Quartal 1912 statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenten von sieben verstorbenen Kollegen und fünf verstorbenen Ehefrauen in der üblichen Weise gelehrt. Die Mitgliederzahl steigerte sich um 147, so daß wir am Schluß des 1. Quartals 3601 Mitglieder zählten. An Beiträgen wurden 41 796 geleistet. In der Berichtsperiode fanden 70 Sitzungen, 9 Bezirksversammlungen, 2 Generalversammlungen, 2 Branchenversammlungen, außerdem das Stiftungsfest und ein Bauernball statt. Die Wirksamkeit war ebenfalls außerordentlich rege. Eingänge waren 706 zu verzeichnen, denen 5647 Ausgänge gegenüberstehen. Mündliche Auskünfte wurden 466 erteilt und 61 Schriftsätze für Mitglieder angefertigt. Weiter wurden im 1. Quartal eine Anzahl gerichtliche Sachen zur Erledigung gebracht, die noch aus dem Mühlenarbeiterstreik bei Silberbrandt herrührten. Es mußte weiter gegen eine ganze Anzahl von Strafmandaten, die Kutscher und Chauffeure wegen angeblicher Uebertretung von Straßenpolizeiverordnungen erhalten hatten, gerichtliche Entscheidung beantragt werden. Das Ergebnis war, daß eine Anzahl Kollegen freigesprochen werden mußten. Lohnbewegungen wurden in der Berichtsperiode eine große Anzahl geführt. Die bedeutungsvollsten waren die Bewegung der

Möbeltransportarbeiter und die der Kutscher in den Schwerfuhrwerksbetrieben. Beide Berufsgruppen mußten in den Streit treten. Nach tätigen Streite der Möbeltransportarbeiter und 2/3 tägigem der Kutscher war der Erfolg auf Seiten unserer Kollegen, und zwar wurden bei den Möbelträgern die Akkordsätze wesentlich erhöht, die Bezahlung bei Heberlandtoren geregelt, eine Schlichtungskommission eingesetzt usw. Für die Kutscher war es möglich, die Lohn- und Arbeitsbedingungen bei annähernd 50 Firmen schriftlich zu regeln. Es wurde weiter im 1. Quartal an sämtliche Handelsfirmen ein Gesuch um Gewährung einer 10-15prozentigen Lohnerhöhung gerichtet, und sind auch hier bei einer großen Anzahl Firmen Lohnaufbesserungen erfolgt. Die abgeschlossenen Bewegungen des 1. Quartals endeten alle erfolgreich. Die Erfolge haben die Kollegen natürlich nur ihrer machtvollen, geschlossenen Berufsorganisation zu danken. Bewegungen sind weiter eingeleitet für die Handels-hilfsarbeiter und die Kutscher in Handelsgeschäften. Den Klassenbericht erstattete Kollege G. Einer Gesamteinnahme von 41 682,91 Mark steht eine Ausgabe von 23 979,17 Mark gegenüber. Von den Ausgaben der Hauptkasse seien besonders die Arbeitslosen- und Krankenunterstützung hervorgehoben, die noch in keinem Quartal zu solcher Höhe emporstiegen. Wie kolossal die Zahl der arbeitslosen Kollegen zugenommen hat, erläutern folgende Zahlen: 3. Quartal 1911: 181 Arbeitslose; Unterstützung 2154,55 Mark, 4. Quartal 1911: 261 Arbeitslose; Unterstützung 3533,35 Mark, 1. Quartal 1912: 396 Arbeitslose; Unterstützung 10 883,10 Mark. Die Hauptkasse verausgabte weiter: Gemahregeltenunterstützung 32, Streikunterstützung 1329,85, Rechtschutz 132,60, Sterbefallunterstützung 815, Extramentunterstützung 85 Mark, so daß die Gesamtausgabe der Hauptkasse allein für Unterstützungen 22 662,35 Mark betrug. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer und der Gesamtverwaltung einstimmig Entlastung erteilt. Das Sommerfest findet am 3. August im „Luisenpark“ statt.

Mainz. In der am 21. April stattgefundenen vierzehntägigen Generalversammlung wurde der Geschäfts- und Klassenbericht gegeben. An Eingängen waren zu verzeichnen 82 Briefe und Karten, 20 Drucksachen und 81 Patete. An Ausgängen 108 Briefe, 210 Drucksachen, 1 Patet, 3 Geldsendungen und 4 Telephongespräche. Mündliche Auskünfte in Arbeiterversicherung und Rechtsachen wurden 32 erteilt. Schriftsätze für Mitglieder wurden 6 angefertigt und Eingaben wurde 1 gemacht. Lohnbewegungen fanden 3 statt, wovon 2 noch nicht erledigt sind. Die Bewegung der Hausdiener und Holzschuharbeiter der Firma Wempe führte zu einem Tarifabschluß, der eine Erhöhung der Stundenlöhne von 4 Pf. vorsieht. In 9 Fällen kam es zu Differenzen, worauf die Klündigung erfolgte; durch das Eingreifen der Organisation wurde dieselbe in 5 Fällen rückgängig gemacht. Die Mitgliederzahl stieg von 538 auf 707, also eine Zunahme von 169. Der Markenumsatz ist von 6492 auf 7750 gestiegen, mithin eine Zunahme von 1258. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß die Straßenbahn hier zu diesem Ausschwing beigetragen haben. Auch die Winger Straßenbahn haben sich den Mainzer Kollegen angeschlossen. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse dieser Kollegen können mit als das traurigste bezeichnet werden, da dort noch Stundenlöhne von 25 bis 29 Pf. pro Stunde bezahlt werden. Hoffentlich sehen die Kollegen ein, daß Einigkeit stark macht; dann dürften auch für sie bald bessere Zeiten kommen. Die Gesamteinnahmen betragen 4411,44 M., die Gesamtausgaben 4153,53 M., so daß ein Klassenbestand von 297,91 M. am Orte verbleibt. Kranmeldeten sich 49 Kollegen und 3 Kolleginnen, die selben erhielten für 779 Tage 1079,08 M. an Unterstützung. Arbeitslos meldeten sich 18 Kollegen, die selben erhielten für 208 Tage 276,69 M. Auf Antrag des Revisors stütz wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. An der Diskussion zum Geschäftsbericht beteiligten sich die Kollegen Klingelhöfer und Hopp. Der Kartellbericht wurde zurückgestellt, da die Zeit etwas vorgegriffen war. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

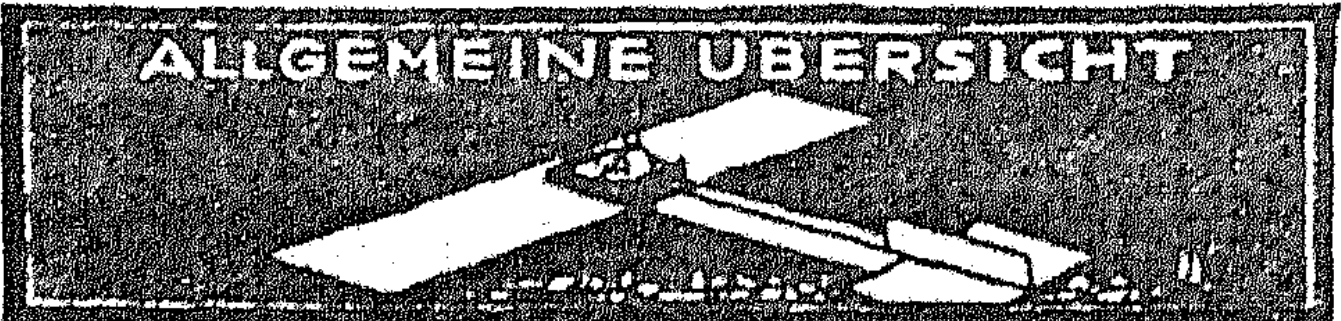
München. Am 4. Mai fand unsere vierzehntägige Generalversammlung statt. Der Arbeitersekretär Eichenmüller hielt zunächst einen sehr lehrreichen Vortrag über die Unfallversicherung. Hedner schildert zunächst die Ursachen, die zur Einführung der Unfallversicherung geführt haben, beleuchtet des Näheren den Instanzengang, der aller Voraussicht nach am 1. Januar 1913 in Kraft tretenden Bestimmungen, welche die neue Reichsversicherungs-Ordnung für dieses Gesetz bringt. Die Spruchinstanzen in der neuen Fassung sind teilweise verschlechtert worden. Ganz besonders macht Hedner darauf aufmerksam, daß auch die kleinsten Unfälle gemeldet werden müssen, da dieselben in nicht seltenen Fällen oft schwere Folgen nach sich ziehen; eine Kleinigkeit, jedoch nur meist dann erlangt werden kann, wenn der Unfall gemeldet war. Desgleichen sind auch Arbeitsgenossen sowie der Unternehmer genau zu unterrichten über den Hergang eines erfolgten Unfalles. Am zweckmäßigsten ist es, wenn man alles gleich selbst zu Papier bringt. Mit der Aufforderung, aus dem Gehörten auch die nötigen Maßnahmen zu ziehen, schloß Hedner unter reichem Beifall seinen Vortrag.

Sodann erstattete der Bevollmächtigte den Geschäftsbericht, der ein sehr reichhaltiges Arbeitsgebiet umfaßt. Trodem der Zeitraum des verfloßenen Quartals für Lohnbewegungen nicht der günstigste ist, war es doch möglich, in verschiedenen kleineren Betrieben, sowie bei der Weltfirma Gebr. Bing für die dort beschäftigten Packer und Magaziner Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen heranzuführen. Es wurden in diesem Quartal für 170 Mitglieder an Arbeitslohnhöhung 14 950 M. pro Woche und an Arbeits-

zeitverkürzung 8736 Stunden pro Woche erreicht. — Auch der Kassenbericht zeigt einen sehr günstigen Stand. Die Einnahme beträgt 38 061,42 M., die Ausgabe 21 218,37 M., so daß ein Kassenbestand von 16 843,05 M. verbleibt. Von 13 920,90 M., die an die Hauptkasse abzuführen waren, erhielt dieselbe in bar nur 3174,32 M., während 10 746,58 M. in Belegen für ausgezahlte Unterstufungen abgefordert wurden. Dies ist ein Beweis, daß die Organisation auch als Helferin in der Not ihren Mann stellt, daß aber auch die Hauptkasse dringend der Stärkung bedarf. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt. — Wenn jeder einzelne Kollege mehr denn je mit Ernst und Ausdauer in der Agitation mitarbeitet, sind wir auch ferner in der Lage, Kämpfe zu führen, neue Siege zu erringen.

Sangerhausen. Neben den Versammlungsbesuch entspann sich eine allgemeine Aussprache und wurde den Kollegen nahegelegt, die Versammlungen regelmäßig zu besuchen. Die Abrechnung vom 1. Quartal fand die Zustimmung der Versammlung. Dann wurde der Geschäftsbericht zur Kenntnis genommen. Ein Antrag auf Erhöhung des Ganbeitrages wurde einstimmig angenommen. Nach Regelung einiger Internas und einer Aufforderung zu lebhafter Agitation trat Schluß der Versammlung ein.

Senftenberg. Unsere Monatsversammlung tagte (Wann? Neb.) Es wurde die Wahl vollzogen zum Verbandsstag und wurde Kollege Richard Leutert-Kotbus einstimmig gewählt. Kollege G. referierte über das Thema: unsere schwarz-blauen Gegner, der Antischwererverein „Friedrichsenberg hat eine Privatlage gegen unsere Bahnhöfe angestrengt und die Leute haben nun das Malheur, die familiären Kosten zu tragen, welches unseren gelben Drahtziehern schwer im Magen liegt und unserer Agitation nur Nutzen bringt; denn in dem schwarz-blauen Lager fängt es schon an zu gären und wird uns wohl noch so manches Mitglied einbringen. Unser Gauleiter schloß die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Deutschen Transportarbeiter-Verband.



Breslau. Eine wichtige Statutenänderung bei der Ortskrankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker beschloß die außerordentliche Generalversammlung am Freitag, den 17. Mai. Nachdem schon die vorhergegangene Generalversammlung die entsprechende Abänderung des Statuts im Prinzip gutheißt, wurde nun endgültig folgender Zusatz für § 18a angenommen: „Unterstützung erkrankter Familien-Angehöriger“. Die nicht selbst dem Krankenversicherungszwange unterliegenden Familienangehörigen derjenigen Kassenmitglieder, die der Kasse mindestens 13 Wochen lang ununterbrochen angehören, erhalten im Erkrankungsfall freie ärztliche Behandlung durch einen der bei der Kasse zugelassenen Ärzte auf die Dauer der Krankheit, längstens aber für 13 Wochen.

Arznei, Brillen und Bruchbänder werden diesen Familienangehörigen unter der Bedingung gewährt, daß beim Empfang derselben die Kosten zu einem Drittel von den Kassenmitgliedern bezahlt werden.

Als Familienangehörige sind die in demselben Haushalt mit den Mitgliedern lebenden und mit ihrem Unterhalt ganz oder größtenteils auf den Verdienst der Mitglieder angewiesenen Ehegatten und Kinder der Mitglieder anzusehen.

Dementsprechend wird der § 29 wie folgt geändert: Die wöchentlichen Beiträge betragen 4,5 pSt. des durchschnittlichen Tagelohnes (§ 12), das sind:

für Mitglieder der 1. Klasse	1,35 M.
„ „ „ 2. „	1,23 „
„ „ „ 3. „	1,08 „
„ „ „ 4. „	0,96 „
„ „ „ 5. „	0,81 „
„ „ „ 6. „	0,69 „
„ „ „ 7. „	0,54 „
„ „ „ 8. „	0,42 „
„ „ „ 9. „	0,21 „

Die Bestimmungen der §§ 18a und 29 treten mit dem 30. September 1912 in Kraft.

Die Annahme dieser Abänderungen bezw. Neueinführung geschah durch die gut besuchte Generalversammlung seitens der Arbeitnehmervertreter einstimmig. Die sieben anwesenden Arbeitgeber enthielten sich der Stimme. Herr Gräfiner (Arbeitgeber) verlangte Auskunft darüber, welche Kosten die Neueinrichtung erfordern werde. Nibel, der Vorsitzende der Kasse gab darüber Auskunft und bemerkte, daß der Vorstand sich in mehreren Sitzungen eingehend mit dieser Angelegenheit beschäftigt habe und zu dem Endergebnis gekommen sei, daß die Einnahme aus der Erhöhung der Beiträge um ½ pSt. ausreiche, um die Kosten für die ärztliche Hilfe und Lieferung der Medikamente sowie der kleineren Heilmittel, Brillen und Bruchbänder zu ¼ des Betrages zur Durchführung der Familienbehandlung, beizutragen zu können. Im gleichen Sinne äußerte sich Kollege Zimmer, der in erläuternder Weise auf die Notwendigkeit, diese feigenreiche Einrichtung einzuführen, hinwies. Als Herr Eugen Ehrlich (Arbeitgeber, der sich in der Vorstandssitzung auch dafür erklärt hatte) die Erklärung abgab, daß er bei der Aufsichtsbehörde gegen die Annahme dieser Statutenänderung Protest erheben wird, deckte Herr Cohn (Arbeitnehmervertreter) die Absichten des Herrn Ehrlich

auf. Diefem Herrn sei es nach seinem eigenen Geständnis bei seinem Einpruch, den er durch alle Instanzen zu verfolgen gedente, nur um eine Verschleppung der Rechtsgründigkeit dieser Statutenänderungen bis über den 1. Oktober hinaus zu tun. Die Delegierten gaben deutlich genug zu erkennen, wie sie das eigentümliche Obstruktionsverfahren dieses sozialpolitischen Herrn einschätzten. Bezeichnend ist, daß sich in der Vorstandssitzung der Herr Vogel (früher Landtagsabgeordneter) für den sozialpolitischen Fortschritt erklärte, der sogenannte liberale Herr Ehrlich aber um seine Hinterziehung bemüht ist. Es wäre an der Zeit, daß seine Parteigenossen diesen Herrn Ehrlich einmal an der Skandare nehmen, damit er nicht den ganzen Liberalismus blamiert.

Der nervöse Militarismus. Schon mancher Soldat hat die grenzenlose Nervosität des Militarismus zu spüren bekommen, und so vielen Urteilen, die dieserhalb von der Militärjustiz gesprochen worden sind, hat die öffentliche Meinung mit Kopfschütteln beigestimmt. Man ist in dieser Beziehung gewiß ein starkes Stück gewöhnt, aber immer neue Witten treibt die Heberempfindlichkeit. Jetzt bringt nun ein Fall in die Öffentlichkeit, der aller Nervosität die Krone aufsetzt. Beim Verlesen der Vorstrafen in einem Prozeß gegen den Fahrer Häfner vor dem Dresdner Kriegsgericht gelangte auch eine mehrtägige Arreststrafe zur Kenntnis der Anwesenden. Und warum ist diese verhängt worden? Der Soldat hatte eines Abends beim Einparkieren aus Versehen statt des Nachzeichens seine Mitgliedskarte vom Transportarbeiterverband vorgezeigt. S. wurde gemeldet und die Folge war eine Arreststrafe — weil der Soldat durch den Besitz der Karte die Zugehörigkeit an einer sozialdemokratischen Einrichtung und eine ebensolche Gesinnung zu erkennen gegeben hat! Diese Beurteilung muß geradezu aufreißend wirken, sie zeigt auch, daß der Soldat immer mit einem Bein im Arrest oder Gefängnis steckt. Alles bloß wegen der — heiligen Disziplin!

Bekanntmachung.

Unterstützungskasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.

Der Vorstand und Verwaltungsrat der Unterstützungskasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine haben in Aussicht genommen, die für dieses Jahr fällige Generalversammlung der Unterstützungskasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine im Monat September stattfinden zu lassen. In der nächsten gemeinschaftlichen Sitzung des Vorstandes und Verwaltungsrates wird das Wahlreglement festgesetzt, und es werden die Vorschläge des Vorstandes und Verwaltungsrates zur Änderung des Statuts, die durch das neue Angestelltenversicherungsgesetz bedingt werden, ausgearbeitet werden. Die soeben fertig gewordenen statistischen Zusammenfassungen ergeben für die Verteilung der Stimmen auf die einzelnen Gruppen der Mitglieder und auf die Revisionsverbände folgendes Resultat:

Die Gesamtzahl der am 1. Januar 1912 vorhandenen Mitglieder betrug 6479. Davon entfielen auf die Gruppe a 495, auf die Gruppe b 1655, auf die Gruppe c 800, auf die Gruppe d 1933 und auf die Gruppe e 1596 Personen. Nach § 11 der Satzungen der Unterstützungskasse wird die Zahl der Vertreter einer Gruppe dadurch festgestellt, indem die Zahl der Kassenmitglieder am 1. Januar durch 150 geteilt wird, Reste über die Hälfte werden für voll gerechnet. Danach hat die Gruppe a 3 Delegierte, die Gruppe b 11 Delegierte, die Gruppe c 5 Delegierte, die Gruppe d 13 Delegierte und die Gruppe e 11 Delegierte. Die Gesamtzahl der Delegierten beträgt 43. Für jeden Delegierten ist ein Stellvertreter zu wählen. Jedes Mitglied hat so viele Stimmen, als Delegierte für seine Gruppe zu wählen sind.

Auf die einzelnen Revisionsverbände verteilt sich die Zahl der Kassenmitglieder wie folgt:

Verband der Konsumvereine der Provinz Brandenburg und der angrenzenden Provinzen und Staaten	468
Verband bayerischer Konsumvereine	423
Verband mitteldeutscher Konsumvereine	636
Verband nordwestdeutscher Konsumvereine	1179
Großkauf-Gesellschaft und Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine	913
Verband der Konsum- und Produktivgenossenschaften von Rheinland und Westfalen	675
Verband sächsischer Konsumvereine	1369
Verband südwestdeutscher Konsumvereine	269
Verband Thüringer Konsumvereine	380
Verband württembergischer Konsumvereine	167

Die Zahl der Vertreter eines jeden Revisionsverbandes wird gefunden, indem die Zahl der in den angeschlossenen Vereinigungen eines Revisionsverbandes am 1. Januar des Wahljahres beschäftigten Kassenmitgliedern durch 150 geteilt wird. Die Differenz zwischen der Summe der Quotienten und der Gesamtzahl der Delegierten, die den genossenschaftlichen Vereinigungen zusteht, wird nach Maßgabe der Höhe der Restziffer der Reihenfolge nach auf die einzelnen Revisionsverbände verteilt (§ 12 des Statuts).

Danach entfallen auf:

Verband der Konsumvereine der Provinz Brandenburg und der angrenzenden Provinzen und Staaten	3 Delegierte
Verband bayerischer Konsumvereine	3 „
Verband mitteldeutscher Konsumvereine	4 „

Verband nordwestdeutscher Konsumvereine	8 Delegierte
Großkauf-Gesellschaft und Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine	6 „
Verband der Konsum- und Produktivgenossenschaften von Rheinland und Westfalen	5 „
Verband sächsischer Konsumvereine	9 „
Verband südwestdeutscher Konsumvereine	1 „
Verband Thüringer Konsumvereine	3 „
Verband württembergischer Konsumvereine	1 „

Auch für jeden Delegierten der Genossenschaften ist ein Stellvertreter zu wählen. Die Zahl der Stimmen der angeschlossenen Vereinigungen richtet sich nach der Zahl der von ihnen beschäftigten Kassenmitglieder. Es entfallen auf 1 bis 10 am 1. Januar beschäftigte Kassenmitglieder eine Stimme, auf 11 bis 50 beschäftigte Kassenmitglieder zwei Stimmen, auf 51 bis 100 beschäftigte Kassenmitglieder drei Stimmen, auf 101 bis 200 beschäftigte Kassenmitglieder vier Stimmen, auf 201 bis 400 beschäftigte Kassenmitglieder fünf Stimmen, auf über 400 beschäftigte Kassenmitglieder sechs Stimmen.

Für jede Stimme sind so viele Personen und deren Stellvertreter zu wählen, als dem Revisionsverbande, zu dem die Vereinigung gehört, zusteht. Träger des Wahlrechts der angeschlossenen Vereinigungen ist der Aufsichtsrat.

Die angeschlossenen Kassenmitglieder bzw. deren Gewerkschaften und die angeschlossenen genossenschaftlichen Organisationen können auf Grund der vorstehenden Mitteilungen bereits beginnen, sich, soweit sie es für wünschenswert halten, über die Kandidatenfrage zu verständigen. Für die angeschlossenen Genossenschaften dürfte die Verständigung zweckmäßig auf den Revisionsverbandstagen erfolgen. Den Verbandsvorständen wird anheimgestellt, im Anschluß an die Revisionsverbandstage eine Sonderversammlung derjenigen Genossenschaften stattfinden zu lassen, die Mitglied der Unterstützungskasse sind. In diesen Versammlungen können die Delegierten zur Generalversammlung der Unterstützungskasse und deren Stellvertreter vorgeschlagen werden. Die Wahl selbst erfolgt auf schriftlichem Wege.

Mit genossenschaftlichem Gruß

Der Vorstand der Unterstützungskasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, gez.: Heinrich Kaufmann.

Mitteilungen des Verbands-Vorstandes.

Neue Verwaltungen wurden gegründet: Am 18. Mai 1912 in Birkdorf (Mittelranken). Verbandsmann: Johann Schmidt; am 1. April 1912 in Wiesdorf-Schuppersteig. Bevollmächtigter: Johann Kesselmann, Hauptstraße Nr. 144a; Kassierer: Theodor Gans jr., Marktforterstr. 261, 1 Tr.

Abhanden gekommen sind die Verbandsbücher nachstehend genannter Mitglieder:

In Berlin: Joseph Borosowski, Spt.-Nr. 63 519, eingetr. 7. 11. 11; Paul Groß, Spt.-Nr. 426 899, eingetr. 13. 3. 12; Stanislaus Maciejewski, Spt.-Nr. 753, eingetr. 10. 10. 99; Alfred Miele, Spt.-Nr. 428 020, eingetr. 24. 10. 09; Paul Rothnagel, Spt.-Nr. 62 178, eingetr. 16. 3. 07; Alexander Pfauz, Spt.-Nr. 53 273, eingetr. 5. 7. 09; Max Reimann, Spt.-Nr. 65 030, eingetr. 28. 10. 10; Paul Wöigt, Spt.-Nr. 68 319, eingetr. 19. 1. 11.

In Bitterfeld: Paul Meiling, Spt.-Nr. 226 409, eingetr. 1. 3. 11.

In Düsseldorf: Wilhelm Nibel, Spt.-Nr. 248 124, eingetr. 31. 7. 10.

In Göttingen: W. Meier, Spt.-Nr. 255 858, eingetr. 24. 3. 07.

In Heizen: Paul Samke, Spt.-Nr. 284 824, eingetr. 18. 2. 12.

In Straßburg i. E. L.: Emil Keller, Spt.-Nr. 311 061, eingetr. 6. 5. 11.

Falls diese Bücher vorgezeigt werden, sind sie anzuhalten und an die Adresse des Unterzeichneten einzufenden.

Das Mitglied Heinrich Michel, eingetreten am 22. 10. 1911 in Sagen i. W., ist von dort abgereist, ohne seinen Verpflichtungen dem Verbande gegenüber nachzukommen. Sollte sich Michel irgendwo melden, ist ihm das Verbandsbuch abzunehmen und nebst Angabe seiner jetzigen Adresse an den Unterzeichneten zu senden.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

J. A.: Oswald Schumann, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr.

NB. Alle den Verband und die Agitation betreffenden Schriftstücke sind an obige Adresse zu richten. Alle Gelder sind an den Hauptkassierer, Kollegen Carl Kasper, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr., einzufenden.

Verantwortl. Redakteur: Karl Mühlhahn, Lichtenberg. Verlagsanstalt „Courier“, G. m. b. H.

Druck: Maurer & Dimmig, Berlin, Köpenickerstr. 36/38.